

# Holzarbeiter

# Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 15 Berlin, den 9. April 1932 40. Jahrgang

## An alle Gewerkschaftsmitglieder!

### Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunützen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten.

**Jede Stimme**

**für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde eurer Freiheit!**

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipart

Allgemeiner freier Angestelltenbund: Aufhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Falkenberg

## Schlagt den Feind!

Am 10. April hat das deutsche Volk endgültig darüber zu entscheiden, wer Reichspräsident werden soll. Der erste Wahlgang hat die Entscheidung nicht gebracht, weil keiner der fünf Kandidaten die Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Endergebnis erhielten am 13. März von den 37 889 626 abgegebenen Stimmen: Hindenburg 18 650 730 gleich 49,6 Prozent, Hitler 11 339 285 gleich 31,1 Prozent, Thälmann 4 983 197 gleich 13,2 Prozent, Duesterberg 2 557 590 gleich 6,8 Prozent und Winter 111 432 gleich 0,3 Prozent. Weitere 242 511 Stimmen waren ungültig und 4881 zersplittert. Nur Hindenburg hat die für den ersten Wahlgang vorgeschriebene Mindeststimmenzahl fast erreicht, ihm fehlten noch knapp 300 000 Stimmen.

Nun folgt am 10. April der zweite Wahlgang. Zur Wahl stehen diesmal drei Kandidaten: Hindenburg, Hitler und Thälmann. Duesterberg, der Kandidat des Stahlhelms und der Deutschen nationalen Volkspartei, und Winter, der Kandidat der rotgestempelten Tausendmarkscheinbesitzer, haben das Rennen aufgegeben. Sie haben eingesehen, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes von ihnen nichts wissen will.

Die Hitler und Thälmann sind nicht so einsichtsvoll. Sie stellen sich

erneut zur Wahl, in der sicheren Gewißheit, eine neue Niederlage zu erleiden. Ihre Niederlage ist so sicher, wie auf den Sonntag der Montag folgt. Sie werden und können nicht siegen, weil die organisierte Arbeiterschaft es nicht will! Die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes wollen weder ein Kozi-Deutschland noch ein Nazi-Deutschland. Weil sie wissen, daß es ihnen dann nicht nur nicht besser, sondern noch viel schlechter als heute ergehen würde. Die Versprechungen der Kozi und der Nazis sind Lug und Trug; kämen sie an die Macht, dächten sie nicht im Schlafe daran, sie einzulösen.

Den Kommunisten ist es noch niemals darum zu tun gewesen, den Arbeitern zu helfen. Ihre Führer lassen sich stets nur von der Frage leiten: Wie können wir die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei am sichersten niederkämpfen? Das ist ihre einzige Sorge. Dabei schrecken sie nicht davor zurück, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit an ihren schlimmsten Feind zu verraten. Thälmanns Kandidatur im ersten Wahlgang hatte keinen anderen Zweck als den, die Nazis an die Macht zu helfen. Das ist ihnen nicht gelungen. Jetzt wird in kommunistischen Kreisen beratschlagt, ob es nicht richtiger sei, im zweiten Wahlgang für Hitler zu stimmen. Dabei

geht man von der Hoffnung aus, daß es nach Hitlers Sieg zum Bürgerkrieg kommt, in dem die Kommunisten die Führung haben werden, und der dann, wie sie hoffen, zu einem vollen kommunistischen Erfolg führen wird.

Gegen diese verbrecherischen Pläne müssen alle Männer und Frauen sich wehren. Sie dürfen am 10. April weder Hitler noch Thälmann wählen. Jede Stimme, die für Thälmann abgegeben wird, ist im Augenblick eine sinnlose Demonstration. An seinen Sieg ist nicht zu denken. Auch Hitler wird nicht siegen. Diese Gewißheit darf aber nicht dazu führen, daß am Wahltage auch nur ein Wähler zu Hause bleibt, weil er sich sagt, auf deine Stimme kommt es nicht an, denn Hitler wird ja doch nicht gewählt. Am 10. April müssen alle ihre Stimme abgeben, es gilt, Hitler eine solche Niederlage zu bereiten, von der die Nazibewegung sich niemals wieder erholen kann.

Warum die Arbeiter und Arbeiterinnen den Hitler nicht wählen dürfen, ist in diesen Spalten schon oftmals gesagt worden. Hitler ist der Kandidat der Scharfmacher, der alten Offiziere, der ehemaligen Fürsten und Könige. Am 13. März schrieb der bekannte Scharfmacher Fritz Thyssen im „Völkischen Beobachter“: Ich wähle Adolf Hitler, weil er der einzige ist, der ein neues Deutschland in unserem Sinne schaffen kann.“ In unserem Sinne — das heißt im Sinne der Scharfmacher, der Reaktionäre aller Schattierungen.

Hitler hat dieser Gesellschaft versprochen: die Arbeitslosenunterstützung und alle anderen sozialen Einrichtungen zu beseitigen; die Tarifverträge abzuschaffen, der Unternehmer soll wieder allein die Höhe des Lohnes und die Dauer des Arbeitstages bestimmen; die Gewerkschaften zu verbieten, und was der Unternehmerforderungen mehr sind. Die Arbeiter sollen weder im Staat noch in der Wirtschaft etwas zu bestimmen haben. Sie haben den Mund zu halten und zu gehorchen. Das ist das „Befreiungsprogramm“ des Hitler. Dafür zahlen ihm die Scharfmacher viele Millionen, jene Summen, um die sie den Arbeitslohn gekürzt haben.

Dieser Hitler darf nicht Reichspräsident werden, und er wird es auch nicht. Wir alle haben dafür zu sorgen, daß er eine vernichtende Niederlage erleidet. Das geschieht, indem wir am 10. April Hindenburg wählen. Wir wählen ihn nicht, weil wir glauben, daß er unser Retter ist, wir wählen ihn, damit Hitler nicht an die Macht kommt. Wir brauchen Frieden im Lande und mit der ganzen Welt. Die Nationalsozialisten sind die größte Gefahr für eine friedliche Entwicklung. Im Innern rüsten sie zum Bürgerkrieg, und durch ihr Revancheschrei stören sie den Verständigungswillen der Völker. Je größer ihre Niederlage am 10. April ist, um so besser sind die Aussichten für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft. Darum ergeht an alle Frauen und Männer der Ruf: Wählt Hindenburg!

## Unser Verband in der Krise

Der jetzt vorliegende Abschluß der Verbandskasse für das Jahr 1931 bringt keine Überraschung. Die furchtbare Wirtschaftskrise hat auch ihr den Stempel aufgedrückt. Das Jahr 1930 hat uns eine riesige Arbeitslosigkeit gebracht: im Monatsdurchschnitt 1930 waren 33,23 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos. Das Jahr 1931 hat aber seinen Vorgänger weit übertroffen, die Arbeitslosigkeit der Verbands-

mitglieder stieg auf 50,84 Prozent im Monatsdurchschnitt. Neben der hohen Zahl der Arbeitslosen wirkt sich auch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit im Einzelfall recht ungünstig aus. Das ausgesteuerte Mitglied verliert leicht das Interesse an der Organisation, wenn es in absehbarer Zeit einen materiellen Vorteil nicht zu erwarten hat. Die regelmäßige Meldung unterbleibt, und so muß das Mit-

Die Unterstützungsleistungen des Verbandes.

Unterstützungsart	1926	1927	1928	1929	1930	1931	Insgesamt
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	1926-1931
Mitgl./Jahresdurchschn.	281 021	273 262	306 659	315 622	308 872	283 865	—
Streikunterstützung	453 577	784 043	3 081 519	1 543 612	842 287	2 058 738	8 763 776
Arbeitslosenunterstütz.	4 414 274	879 075	2 338 904	3 751 603	5 254 463	4 707 017	21 345 336
Krankunterstützung	647 483	608 287	885 072	969 981	733 653	480 754	4 325 230
Invalidenunterstützung	—	—	—	297 701	567 834	888 198	1 753 733
Reiseunterstützung	27 288	24 621	55 219	41 536	30 505	18 738	197 906
Umzugsunterstützung	7 778	11 431	19 996	17 911	17 252	13 539	87 907
Notfallunterstützung	652 076	317 542	412 613	637 908	1 441 866	455 901	3 917 906
Sterbegeld	94 843	106 978	124 317	137 271	131 398	136 177	730 934
Gemäßregelungenunterst.	14 786	9 629	9 662	12 654	19 832	10 571	77 134
Rechtsschutz	17 075	12 436	18 379	16 960	24 647	26 519	116 016
Zusammen	6 329 180	2 754 042	6 945 681	7 427 137	9 063 737	8 796 152	41 315 929



glied schließlich aus der Liste gestrichen werden. Einige Verwaltungsstellen haben von der Befugnis Gebrauch gemacht, auch von den beitragsfreien Mitgliedern einen Wochenbeitrag bis zu 10 Pf. zu erheben, das hat sich auch auf ihren Mitgliederstand günstig ausgewirkt. Im ganzen ist aber die Zahl der Mitglieder von 299 924 Ende 1930 auf 269 142 Ende 1932 zurückgegangen. Das bedeutet einen Verlust von 30 782 Mitgliedern oder 10,26 Prozent. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 285 805. Das sind 7,47 Prozent weniger als im Jahre 1930, wo die durchschnittliche Mitgliederzahl 308 872 betrug.

Der Mitgliederrückgang im Verein mit der großen Arbeitslosigkeit beeinträchtigt natürlich den Eingang an Beiträgen. Die Einnahme der Verbandskasse an Beiträgen ist gegen 1930 von 7 246 000 Mk. auf 4 286 293 Mk. zurückgegangen. Die Einnahmen des Invalidenfonds gingen von 978 159 Mk. auf 577 222 Mk. zurück, und ebenso haben sich die Lokalbeiträge von 2 849 538 Mk. auf 1 709 711 Mk. vermindert.

Während so die Einnahmen einen starken Rückgang erfahren, haben sich die Ausgaben im ganzen auf der vorjährigen Höhe gehalten. Die Ausgaben für Streikunterstützung haben sich sogar mehr als verdoppelt; sie stiegen von 756 037 Mk. auf 1 892 947 Mk. und die Zuschüsse der Lokalkassen zur Streikunterstützung von 86 249 Mark auf 1 657 789 Mk. Am schwersten ins Gewicht fällt die Arbeitslosenunterstützung, die mit 4 707 017 Mk. zwar hinter den 5 254 463 Mk. zurückbleibt, die im Jahre 1930 für diesen Zweck aufgewandt wurden, aber, und das ist bemerkenswert, die gesamte Einnahme an Beiträgen um fast eine halbe Million übersteigt. Die Minderung der Unterstützungssumme gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der langen Dauer der Arbeitslosigkeit, wodurch ein großer Teil der arbeitslosen Mitglieder angesteuert wurde.

Eine starke Steigerung hat die Ausgabe für die Invalidenunterstützung erfahren, von 567 834 Mk. auf 888 190 Mk. Dieser Ausgabe steht nur eine Einnahme des Invalidenfonds von 577 222 Mk. gegenüber. Die optimistischen Schätzungen bei der Einführung der Invalidenunterstützung haben die nicht voraussehende riesige Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Diese Arbeitslosigkeit läßt auch die Zahl der Invaliden stärker anwachsen, als unter normalen Verhältnissen zu erwarten war.

Bei den Verwaltungskosten in weiterem Sinne, einschließlich der Aufwendungen für Agitation, ist eine, zum Teil nicht unbeträchtliche Minderung eingetreten, aber diese Ausgaben schlagen nicht zu Buch. Für die Kassenverhältnisse entscheidend sind die Einnahmen an Beiträgen auf der einen und die Aufwendungen für Unterstützungen auf der anderen Seite. Das Mißverhältnis dieser beiden Posten hat zur Folge, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, und zwar bei der Hauptkasse um 4 452 437 Mark, bei den Lokalkassen um 561 518 Mk. Schon die Abrechnung der Verbandskasse für das Jahr 1931 hat mit einer Mehrausgabe von 929 784 Mk. abgeschlossen. Das besagt, daß der Verband schon seit längerer Zeit vor seinen Reserven zehrt. Auf die Dauer ist das natürlich nicht möglich. Seit Beginn dieses Jahres sind die Sätze für die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen notgedrungen gesenkt worden. Die Wirkung dieser Maßnahme wird sich erst überblicken lassen, wenn die Abrechnung für das erste Vierteljahr vorliegt.

Wir haben in der üblichen Weise eine Übersicht über die Unterstützungsleistungen unseres Verbandes in den einzelnen Jahren zurück bis zum Jahre 1926, zusammengestellt. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß hier die Ausgaben der Hauptkasse und der Lokalkassen für die einzelnen Posten zusammengezogen sind. Im Jahre 1930 ist außer den in der Tabelle aufgeführten Unterstützungen auch eine einmalige Unterstützung an Ausgestorbenen gezahlt worden, die 652 053 Mk. erforderte. Dieser Betrag ist hier dem Posten „Notfallunterstützung“ zugezählt worden. Ebenso 1209 Mk., die für die gleiche Unterstützung nachträglich im Jahre 1931 erbracht wurden.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß unser Verband in den sechs Jahren von 1926 bis 1931 an seine Mitglieder Unterstützungen im Gesamtbetrag von 41 315 929 Mk. gezahlt hat.

Bemerkenswert ist der verhältnismäßig hohe Betrag, der im Jahre 1931 für Streikunterstützung aufgewandt wurde. Der größte Teil dieses Betrages wurde in den Kämpfen verbraucht, die im Frühjahr zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer auf die Tarifverträge und die Löhne geführt werden mußten. Man könnte sagen, daß diese Kämpfe den im Laufe des Jahres erfolgten Lohnabbau doch nicht verhindern haben. Das wäre jedoch eine falsche Betrachtungsweise. Ohne diese Kämpfe und den Widerstand unseres Verbandes hätte

sich der Lohnabbau in weit stärkerem Maße ausgewirkt. Unser Verband hat trotz der schweren Ungunst der Verhältnisse seinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen behauptet. Das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, der sich in seiner vollen Wirkung dann zeigen wird, wenn eine Besserung der Geschäftslage der Organisation wieder eine stärkere Bewegungsfreiheit gibt.

Die Jahresabrechnung des Verbandes gibt Kunde von den schweren Stürmen, durch die unser Verbandsschiff im verfloßenen

Jahre gesteuert werden mußte. Diese Stürme sind nicht spurlos an uns vorübergegangen. Aber unser Schiff ist fest, es hat sich als dauerhaft und zuverlässig erwiesen. Die Kollegenschaft steht treu und unerschüttert zur Organisation. Noch toben die Stürme, noch sind sichere Anzeichen für einen Umschwung in der Wirtschaftslage nicht zu erkennen, aber wir lassen uns nicht entmutigen. Erfüllt von Zuversicht, von Vertrauen zu unserem Verband gehen wir der Zukunft entgegen. Es muß doch Frühling werden!

### Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das vierte Vierteljahr 1931

Einnahmen	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen		Ausgaben	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Beitrittsgeld zu 100 Pf.	1 038,—	—	—	—	Für Streiks und Aussperrungen	65 306,95	—	3 424,46	—
„ „ 50 Pf.	214,—	—	—	—	„ Lohnverhandlungen	15 144,50	—	7 230,26	—
„ „ 10 Pf.	39,80	—	—	—	„ Arbeitslosenunterstützung	966 253,27	—	—	—
Beiträge zu 160 Pf.	38 614,40	—	—	—	„ Krankenunterstützung	85 508,96	—	—	—
„ „ 150 „	21 699,—	—	—	—	„ Invalidenunterstützung	261 822,30	—	—	—
„ „ 140 „	93 489,20	—	—	—	„ Reiseunterstützung	1 901,75	—	—	—
„ „ 130 „	72 490,60	—	—	—	„ Umzugsunterstützung	3 687,30	—	—	—
„ „ 120 „	121 809,60	—	—	—	„ Notfallunterstützung	4 492,—	—	154 410,49	—
„ „ 110 „	85 208,20	—	—	—	„ Unterstützung in Sterbefällen	33 990,—	—	—	—
„ „ 100 „	137 005,—	—	—	—	„ Gemassregelungenunterstützung	2 084,70	—	—	—
„ „ 90 „	76 876,20	—	—	—	„ Rechtsschutz und Prozesskosten	6 478,06	—	—	—
„ „ 80 „	117 860,80	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Zeitung“	75 130,84	—	—	—
„ „ 70 „	78 214,50	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Jugend“	4 294,60	—	—	—
„ „ 60 „	57 403,80	—	—	—	„ „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	458,53	—	—	—
„ „ 50 „	38 753,—	—	—	—	„ Bibliotheken	1 156,11	—	—	—
„ „ 40 „	19 634,—	—	—	—	„ Agitation und Bezirkskosten	25 951,06	—	35 159,82	—
„ „ 30 „	15 483,30	—	—	—	„ Agitation durch die Gauvorstände	88 044,—	—	—	—
„ „ 10 „	9 906,40	—	—	—	„ Druck- und Buchbinderarbeiten	11 037,50	—	13 281,20	—
Invalidenbeiträge	132 455,70	—	—	—	„ Konferenzen und Delegationen	10 023,45	—	—	—
Lokalbeiträge	—	—	391 447,20	—	„ Verwaltungskosten (persönliche)	67 337,53	—	218 508,36	—
Lokalbeiträge nach § 15 des Statuts	—	—	86 559,70	—	„ „ (sachliche)	23 135,46	—	76 111,55	—
Bezirksbeiträge	2 233,24	—	—	—	„ Einkassierung der Beiträge	—	—	107 432,08	—
Zinsen	139 275,50	—	21 633,37	—	An den ADGB	21 840,10	—	38 885,96	—
Sonstige Einnahmen	28 396,79	—	24 829,03	—	Für Bezirksbeiträge	—	—	2 233,24	—
Ausgleich	81 498,40	—	127 600,29	—	„ Versicherungsbeiträge	20 224,50	—	—	—
Gesamteinnahmen	1 369 599,43	—	652 069,59	—	„ Unkosten im Bankverkehr	2 147,19	—	—	—
					„ Zinsen	75 862,63	—	—	—
					Sonstige Ausgaben	1 497,38	—	13 227,54	—
					Ausgleich vom vorigen Vierteljahr	64 279,—	—	129 301,94	—
					Gesamtausgaben	1 939 089,67	—	799 206,90	—

#### Abschluss:

	Verbandskasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen	1 369 599,43 Mk.	652 069,59 Mk.
Gesamtausgaben	1 939 089,67 „	799 206,90 „
Mehrausgaben	569 490,24 Mk.	147 137,31 Mk.

Der Kassierer: Emil Lehmann.

Geprüft und für richtig befunden.

Berlin, den 23. März 1932.

Die Revisoren:

Hermann Urban, Franz Lowack, Theodor Miermeister.

#### Zur Abrechnung vom vierten Vierteljahr 1931

Die Mitgliederzahl betrug:

im 3. Vierteljahr 1931	im 4. Vierteljahr 1931
242 367 Männliche	235 988 Männliche
16 316 Weibliche	15 644 Weibliche
5 872 Jugendliche	5 232 Jugendliche
13 715 Lehrlinge	12 278 Lehrlinge
Insges. 278 270 Mitglieder	Insges. 269 142 Mitglieder

Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 6379, die der weiblichen um 672, die der jugendlichen um 640 und die der Lehrlinge um 1437. Die Gesamtmitgliederzahl ging im vierten Vierteljahr um 9128 zurück. Neu aufgenommen wurden 1038 männliche, 298 weibliche und 130 jugendliche Mitglieder sowie 398 Lehrlinge, insgesamt 1864 Mitglieder. Die Einnahme aus Beiträgen für die Haupt-

kasse ohne Inval.-Zuschlag betrug 984 448,— Mk. Sie blieb um 112 696,10 Mk. hinter der gleichartigen Einnahme im dritten Vierteljahr zurück. Ebenso verringerte sich die Einnahme aus dem Invalidenbeitragszuschlag um 15 473,20 Mk. Die Ausgabe für die Invalidenunterstützung erhöhte sich gegen das dritte Vierteljahr um 26 220,95 Mk. und erreichte fast das Doppelte der für diese Unterstützung erhobenen Zuschläge.

Die Ausgabe für Streikunterstützung erhöhte sich gegen das dritte Vierteljahr um 37 940,31 Mk. und die für die Arbeitslosenunterstützung um 97 978,88 Mk., während die Ausgabe für Krankenunterstützung sich um 3 088,87 Mk. verminderte. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug 1 446 669,79 Mk. und erhöhte sich gegen das dritte Vierteljahr um 154 926,62 Mk.

### Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1931

Einnahmen	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen		Ausgaben	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Beitrittsgeld zu 100 Pf.	6 412,—	—	—	—	Streiks und Aussperrungen	1 892 947,72	—	165 789,89	—
„ „ 50 „	1 140,—	—	—	—	„ Lohnverhandlungen	42 454,34	—	28 762,70	—
„ „ 10 „	311,10	—	—	—	„ Arbeitslosenunterstützung	4 707 017,50	—	—	—
Beiträge zu 160 Pf.	173 652,80	—	—	—	„ Sonderunterstützung 1930	1 209,20	—	—	—
„ „ 150 „	101 002,50	—	—	—	„ Krankenunterstützung	480 753,76	—	—	—
„ „ 140 „	416 929,80	—	—	—	„ Invalidenunterstützung	888 198,50	—	—	—
„ „ 130 „	344 416,80	—	—	—	„ Reiseunterstützung	18 738,38	—	—	—
„ „ 120 „	522 242,40	—	—	—	„ Umzugsunterstützung	13 539,50	—	—	—
„ „ 110 „	367 923,60	—	—	—	„ Notfallunterstützung	20 121,—	—	434 571,03	—
„ „ 100 „	597 138,—	—	—	—	„ Unterstützung in Sterbefällen	136 177,—	—	—	—
„ „ 90 „	328 809,60	—	—	—	„ Gemassregelungenunterstützung	10 571,45	—	—	—
„ „ 80 „	499 537,60	—	—	—	„ Rechtsschutz und Prozesskosten	26 519,18	—	—	—
„ „ 70 „	332 322,90	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Zeitung“	318 110,64	—	—	—
„ „ 60 „	240 842,40	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Jugend“	20 024,05	—	—	—
„ „ 50 „	166 765,—	—	—	—	„ „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	2 005,77	—	—	—
„ „ 40 „	83 006,40	—	—	—	„ Bibliotheken	5 189,30	—	—	—
„ „ 30 „	65 680,20	—	—	—	„ Agitation und Bezirkskosten	125 213,56	—	162 144,38	—
„ „ 10 „	46 023,—	—	—	—	„ Agitation durch die Gauvorstände	371 533,66	—	—	—
Invalidenbeiträge	577 222,95	—	—	—	„ Druck- und Buchbinderarbeiten	62 133,05	—	60 963,67	—
Lokalbeiträge	—	—	1 709 711,30	—	„ Konferenzen und Delegationen	26 162,45	—	—	—
Lokalbeiträge nach § 15 des Statuts	—	—	283 063,15	—	„ Verwaltungskosten (persönliche)	291 851,43	—	964 198,15	—
Bezirksbeiträge	10 385,95	—	—	—	„ Verwaltungskosten (sachliche)	209 443,73	—	326 011,32	—
Zinsen	655 871,48	—	74 788,74	—	„ Einkassierung der Beiträge	—	—	440 920,33	—
Sonstige Einnahmen	33 641,78	—	208 080,17	—	An den ADGB	100 622,85	—	173 515,74	—
Ausgleich	81 498,40	—	127 600,29	—	An die IUH	7 500,—	—	—	—
Gesamteinnahmen	5 652 776,66	—	2 403 243,65	—	Bezirksbeiträge	—	—	10 385,95	—
					„ Versicherungsbeiträge	90 077,32	—	—	—
					„ Unkosten im Bankverkehr	8 562,01	—	—	—
					Zinsen	191 899,25	—	—	—
					Sonstige Ausgaben	15 883,85	—	143 742,29	—
					Ausgleich vom vorigen Vierteljahr	20 753,42	—	53 756,64	—
					Gesamtausgaben	10 105 213,87	—	2 964 762,09	—

#### Abschluss:

	Verbandskasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen	5 652 776,66 Mk.	2 403 243,65 Mk.
Gesamtausgaben	10 105 213,87 „	2 964 762,09 „
Mehrausgaben	4 452 437,21 Mk.	561 518,44 Mk.

Der Kassierer: Emil Lehmann.

Geprüft und für richtig befunden. Berlin, den 23. März 1932.

Die Revisoren:

Hermann Urban, Franz Lowack, Theodor Miermeister.



# Braunschweig als Warnung

Braunschweig, Ende März 1932.

Wer Braunschweig nicht nur in seiner Landeshauptstadt, sondern auch in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande kennenlernen will, muß sich zuvor darüber klar sein, daß Braunschweig kein geschlossenes Staatsgebiet bildet, sondern aus drei größeren und drei kleineren Landstücken besteht, zu denen noch vier weitere ganz kleine, von Preußen umschlossene Gebietszettel kommen. In ruhigen Zeiten lohnte es sich, Braunschweig als Grundlage für einen Artikel über die Notwendigkeit durchgreifender Reichsreform zu benutzen, heute interessiert ein anderes: die Mißherrschaft der nationalsozialistischen Parteiregierung Klagges und ihre Rückwirkungen und Gefahren für die organisierte Arbeiterschaft.

Gehen wir von der Landeshauptstadt aus! In Braunschweig, das nicht zu Unrecht das „Nürnberg des Nordens“ genannt wird, spürt man auf Schritt und Tritt den Unsegen der klaggestanischen Regierungsmethoden. Das Reich hat den Osterfrieden verkündet, jede parteipolitische Propaganda ist verboten. In Braunschweig prangt ganz nahe beim Hauptbahnhof von einer Litfaßsäule das Bild Adolf Hitlers, und ein gewichtiges Transparent verkündet, daß 18 Millionen für die Notverordnungspolitik und 11 Millionen für den Freiheitsstaat gestimmt hätten. Am ersten Ostertag ist ein großes Gartenlokal am Stadtpark angefüllt mit braun uniformierten Jünglingen, die Haßgesänge grölen. Was heißt hier Uniformverbot? Die Verteilung von Flugblättern ist verboten! Was machen die Nazis? Sie drucken eine Hitler-Zeitung, schreiben drauf: Preis 10 Pf. und stecken sie in Briefkästen und Türschlitze der Wohnungen, schmeißen sie auf die Treppen.

Man sitzt mit Parteigenossen zusammen, man unterhält sich mit Gewerkschaftsangehörigen. Gewiß, sie alle, diese ruhigen Niedersachsen, sind absolut nicht verzagt, im Gegenteil, sie sind der festen Überzeugung, daß sich am harten Block der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners der faschistische Ansturm den Kopf einrennen und sich zerschlagen wird. Aber heute regiert Klagges! Seine wuterfüllten Vorstöße richten sich vor allem auch gegen die sozialistische Presse. Seit dem 14. April 1931, also seit noch nicht einem Jahre, ist der „Volksfreund“ nicht weniger als viermal verboten worden.

Schlimm aber wirkt sich die augenblickliche Machtposition der Nazis auf die Beamten- und Lehrerpoltik aus. Man begann mit der Entlassung von vier bewährten sozialdemokratischen Kreisdirektoren. Bald verkündete man triumphierend den Hinawurf der letzten linksstehenden Referenten. Sieben republikanische Schulräte flogen. 26 dissidentistische Lehrer waren durch einen Federstrich entlassen. Statt ihrer berief man „Parteibuchbeamte“ im übelsten Sinne des Wortes. Lassen wir Braunschweiger Freunde sprechen: „Die Regierung knebelt die weltlichen Schulen mit aller Gewalt, nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus Haß. Es kam zum Schulstreik, es mußte zum Schulstreik kommen. Da hagelte es Strafbefehle, 1000 an einem Tag, da häuften sich die Verhaftungen. Auf den Anschriften stand: An den Armengeldempfänger... Kranke wurden aus dem Hospital heraus verhaftet, man schonte selbst eine Frau nicht, die erst vor wenigen Tagen entbunden hatte. Gegen einen Lehrer, der für das verfassungstreue Reichsbanner warb, wurde ein Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß eingeleitet, und ein katholischer Lehrer soll diszipliniert werden, weil er in der Schule die Persönlichkeit Hindenburgs würdigte. Im Landtag werden alte Vorkämpfer der Freiheit von jungen Lümmeln tätlich bedroht, und dabei saß in der nationalsozialistischen Fraktion ein Mann, der wegen Diebstahls und Einbruchs vorbestraft ist.“

Wir gehen durch die engen, winkligen, zu Bürgerkrieg und Arbeitermord wie geschalteten Straßen der Innenstadt, in denen werktätige Bevölkerung wohnt. Hier wüteten am 17. und 18. Oktober 1931 die braunen Banden. Lange Straße, Klint, Weberstraße, Schulweg, Friesenstraße. Mit Nazis besetzte Lastkraftwagen rasselten, das Pflaster

wurde aufgerissen, Steine flogen in die Arbeiterwohnungen, über fliehende, stolpernde Frauen stürmte man hinweg. Kinderwagen wurden umgeworfen, Krüppel wurden niedergeschlagen, alte Leute wurden über den Haufen gerannt, Schüsse krachten, Fensterscheiben splitterten, der Berliner Mordsturm 33 wütete. Hier an dieser Stelle wurde der Arbeiter Engelke niedergestochen. Er hinterläßt 6 Kinder. Hier fiel der Arbeiter Fischer. Als er schon lag, als sich seiner Brust das Sterbensröcheln entrang, trampelten sie ihm mit den Absätzen ins Gesicht und schrien: Verrecken sollst du, Marxistschwein! Hier ist das Haus, wo ein schwerer Stein durchs Fenster flog und das dreijährige Mädchen Edith Knackstedt getroffen hat. Noch heute leidet das Kind. Hier überfielen sie am Sonnabend, dem 17. Oktober, abends, den Reichsbannermann Wilhelm Kohlmeier, als er mit seinem Fahrrad von der Arbeit nach Hause fuhr. 60 Mann stark, fielen sie mit Stahlruten und Schulterriemen über ihn her, malträtierten ihn mit Fußtritten, demolierten sein Rad und stahlen seine Mütze. Vier Kopfwunden und unzählige blutunterlaufene Stellen ergab die ärztliche Obduktion. Hier erhielt der Arbeiter Bitterlich einen Oberschenkel-schuß. So geht es, Straße um Straße, Ecke um Ecke. Ja, und hier, hier, hier... stand der braunschweigische Innenminister, Herr Klagges, mit braunem Militärmantel ange-tan, die SA.-Mütze auf dem Kopf. Von hier aus bewegte er sich im Verlauf der Geschehnisse dem sicheren Torbogen des Marstalls zu. 2 Tote, 62 Schwerverletzte, unzählige Leichtverletzte — das war das Ergebnis. Wie kennzeichnete doch Minister Klagges die Arbeiterviertel? „Schlupfwinkel des marxistischen Mobs!“ Das Wort sie sollen lassen stahn. Wir merken es uns.

Draußen im Lande aber geht es vielleicht noch schlimmer zu als in der Landeshauptstadt. Hier wütet unter wohlwollender Duldung der klaggestanischen Behörden die terroristische Gewalt des Hakenkreuzes. Ein amerikanischer Journalist, der ganz Europa durchreist hat, sagt, daß es hier im Lande Braunschweig schlimmer zugehe als selbst in Pilsudski-Polen. Um dies zu begreifen, bedarf es einer kurzen, zusammenfassenden, für ganz Braunschweig zutreffenden Betrachtung. Braunschweig ist heute das Asyl für alle Angehörigen der nationalsozialistischen SA., die in den übrigen deutschen Ländern wegen politischer und nicht zum geringsten Teil auch wegen anderer rein krimineller Vergehen und Verbrechen gesucht werden. Im Braunschweig des Herrn Klagges haben sie willkommene Gelegenheit, sich auszutoben! Sie finden Quartier, Kleidung und Fütterung durch ihre Partei, ja sie finden Duldung und Begünstigung durch die klaggestanischen Amtsstellen.

Dieser Zustand aber wird unerträglich. In Kreisen zum Beispiel ist die große Nazikaserne der SA. Jeder Arbeiter, der nicht dem Hakenkreuz folgt, ist bedroht und seines Lebens nicht sicher. Es handelt sich um eine Truppe, die in ständiger Alarmbereitschaft liegt, um Proletariat nieder-

zuschlagen. In Wolfenbüttel das gleiche Bild: Hier terrorisiert gleichfalls die SA. In Rautheim drangen 20 SA.-Leute in ein harinloses Tanzvergnügen ein und schlugen eine alte Frau mit einer Flasche nieder. In Blankenburg sind auf Anordnung eines mit Zuchthaus vorbestraften SA.-Führers die Jungen und Mädel der Kinderfreunde, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend überfallen und niedergeprügelt worden.

Betrachtungen sind vermieden, nur nackte Tatbestandsschilderungen sind gebracht worden!

Braunschweig ist nicht Deutschland, aber am 10. April wird um das freie Deutschland gekämpft!

Braunschweig ist eine Warnung!

Wir werden sie beachten.

H. D.

## Auch ein Streik

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ berichtet über einen Streik, der am 3. März in den Schlächtereier der „Produktion“ in Hamburg ausgebrochen ist. Die Ursache des Streiks war die fristlose Entlassung eines Schlächters, der beim Diebstahl von einigen Pfund Wurst ertappt worden war. Ohne die Verhandlung des von dem Entlassenen angerufenen Arbeiter-rats abzuwarten, stellte die Belegschaft der Schlächtereier die Arbeit ein und verlangte die Wiedereinstellung des Diebes und Zahlung des ihm entgangenen Verdienstes.

Der Arbeiterrat sowie auch die sofort angerufenen Vertreter der zuständigen Gewerkschaften, des Verbandes der Nahrungsmittelarbeiter und des Gesamtverbandes, erklärten, daß sie den Streik nicht billigen. Darauf nahm ein Teil der Belegschaft die Arbeit auf. Die übrigen versuchten durch eine Streikkommision mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Diese lehnte es ab; sie verhandelte nur mit den Gewerkschaften als ihren Tarifkontrahenten, die auch dann in Erfüllung ihrer tariflichen Verpflichtungen Arbeitskräfte vermittelten.

Diese Erledigung war nicht nach dem Sinn der Kommunistischen Partei. Sie machte Radau, verbreitete Flugblätter, deren Inhalt sogar die Streikkommision nicht zu vertreten wagte. Das nutzte ihnen aber ebensowenig wie das Beschmieren der Schaufenster und der Außenwände der Fleischverkaufsstellen. Die Aktion endete mit einer Niederlage der Kommunisten.

Dieser Streik, der für die Beteiligten ebenso unrühmlich war wie für ihre kommunistischen Helfershelfer, hat seine Ursache darin, daß der Dieb der Führer der Kommunisten in der Schlächtereier der „Produktion“ war. Das würde an sich noch keinen Vorwurf gegen die Partei bedeuten, solche Fälle können auch anderwärts vorkommen. Statt aber stillschweigend über den fatalen Fall hinwegzugehen, inszenierten die Kommunisten einen Streik, um ihren Anhängern das Recht auf den Diebstahl im Betriebe zu gewährleisten. Daß die Gewerkschaften einen solchen Streik nicht billigen oder gar unterstützen können, ist selbstverständlich. Für die Arbeiterschaft des Betriebes beschämend ist es, daß aus solchem Anlaß ein Konflikt überhaupt entstehen konnte.

## 450 000 M. Jahreseinkommen

Wer ist ein solcher Großverdener? Adolf Hitler, der Führer der Nazis! Über seine Einkommensverhältnisse weiß die in nationalsozialistischen Vertrauenssachen stets gut informierte Zeitschrift „Die Tribüne“ folgendes zu melden:

Hitler erhält zur Zeit ein Monatsgehalt von 1100 Mk. Dazu kommen 20 Prozent der Eintrittsgelder aller Versammlungen, in denen Hitler seine ange-lernten Phrasen vom Stapel läßt. Die Eintrittspreise bei den Hitler-Vorstellungen betragen bis zu 5 Mk. je Person. Im Vorjahre hat Hitler 130 Schwatzreferate gehalten, die ihm rund 200000 Mk. einbrachten. Wenn er in Berlin ist, wo er im feudalsten Hotel, „Kaiserhof“, an die zehn Zimmer bewohnt, erhält er für jeden Tag 150 Mk. Reisespesen. Seine Haupteinnahmen aber fließen aus dem Eher-Verlag in München. In diesem Zeitungs- und Buchverlag der Nazipartei erscheinen der „Völkische Beobachter“ und andere offizielle Zeitungen und Zeitschriften sowie alle parteiamtlichen Bücher. Zwischen Hitler und dem Verlag besteht ein Abkommen, nach welchem die Hälfte des Verlagsgewinns in Hitlers große Taschen fließt. Im letzten Geschäftsjahr war das die nette Summe von 240000 Mk. Rechnet man alle diese Einkünfte zusammen, so kommt man auf rund 450 000 Mk.

Dabei ist das Gehalt, das Hitler als braunschweigischer Regierungsrat erhält, noch nicht mitgerechnet. Das ist zwar kein großer Betrag, nämlich „nur“ 5238 Mk., aber für nichts und wieder nichts doch ein ganz annehmbares Trinkgeld. Viele Millionen Arbeiter würden überglücklich sein, wenn sie nur die Hälfte dieses Parteibuchbeamtengehalts hätten. Ja sie würden schon mit der Pension, die Hitler in Höhe von 35 Prozent des Gehalts zu-steht, und zwar ohne jede Wartezeit, zu-frieden sein. Sie erhalten aber weder das eine noch das andere, für sie hat Hitler nur Phrasen und Versprechungen übrig. Er selber verdient und lebt inzwischen wie der Führer einer Fürsten- und Königs-partei — was er ist und auch sein will.

## Hilfe für Neubaumieter

Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat sich letzthin mit Hilfsmaßnahmen für die Mieter und die Besitzer von Neubau-wohnungen beschäftigt. In der einstimmig angenommenen Entschliebung wird ausge-sprochen, daß in der letzten Notverordnung die „außerordentliche Notlage des Neubau-besitzers und der Neubaumieter nicht aus-reichend berücksichtigt worden ist“. Um diesen jetzt zu helfen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Senkung oder Erlaß der Tilgung und Verzinsung der Hauszinssteuerhypothenen unter Berücksichtigung der besonderen Ver-hältnisse des Ortes und des Einzelfalles.
2. Steuerliche Erleichterung auch für die nach dem 1. April 1924 erstellten Wohnun-gen.
3. Möglichste Herabsetzung oder Aus-setzung der Tilgung für erststellige Hypo-thenen. Verlängerung der gemeindlichen Bürgschaft für sogenannte I-Hypothenen unter entsprechender Verringerung der Til-gungsquote.
4. Den erwerbslosen Bewohnern von Neubauwohnungen ist gleiche soziale Fürsorge zu gewähren wie den erwerbs-losen Mietern von Altwohnungen.

Ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, in dem die Streichung einiger den Mieter-schutz und das Wohnungsmangelgesetz lockernder Bestimmungen in der Notver-ordnung vom 8. Dezember 1931 gefordert wurde, fand keine Annahme.

## Gedächtnisfahrten nach Flandern und Frankreich

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltet im Laufe des kommenden Som-mers mehrere Gedächtnisfahrten zu den Kriegergräbern und Schlachtfeldern in Flandern und Frankreich. An diesen Fahrten können auch Freunde des Reichsbundes teil-nehmen. Nähere Auskunft über die Zeiten und Kosten der einzelnen Reisen erteilen die Abteilung für Kriegergräber-Gedächtnis-fahrten des Reichsbundes in Aachen, Kapu-zinergraben 13, und die Vorsitzenden der Ortsgruppen des Reichsbundes.

## Im ersten Gang groggy



Seine Sekundanten beim letzten Wiederbelebungsversuch





# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilungen des Vorstandes Wirtschaftsschule in Düsseldorf

Von den Bewerbern, die sich auf die Ausschreibung in Nummer 51/1931 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Teilnahme an dem im Mai beginnenden Lehrgang an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf gemeldet haben, ist in Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des ADGB und der Schulleitung der Kollege Edwin Racherbäumer (Schneidemühl) gewählt worden.

Wir bitten die übrigen Bewerber, die nicht berücksichtigt werden konnten, auf diesem Wege von dem Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung nicht erfolgt.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß im Laufe des Monats April die Anmeldungen zum Fernunterricht an der Wirtschaftsschule Düsseldorf vorgenommen werden. Der Fernunterricht dient als Vorbereitung für den im nächsten Jahre beginnenden ordentlichen Lehrgang. Kollegen, denen auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit für den Verband und ihrer Erfahrungen die Befähigung zuzutrauen ist, daß sie mit Erfolg an dem nachfolgenden Tageskursus von 10 Monaten Dauer teilnehmen können, kann der Vorstand zu dem Fernunterrichtslehrgang anmelden. Gesuche um Anmeldung müssen bis zum 20. April in unseren Händen sein. Den Gesuchen ist ein handschriftlicher Lebenslauf beizufügen, der neben den allgemeinen Angaben auch Mitteilungen über die bisherige Befähigung in der Gewerkschaftsbewegung enthält. Ferner ist ein Gutachten der Ortsverwaltung mit einzureichen.

Die Kosten für die Teilnahme am Fernunterricht sind verhältnismäßig gering, müssen aber auf alle Fälle von den Teilnehmern selbst getragen werden.

Der Vorstandsvorsitzende.

## Tarifikündigungen im Holzgewerbe

Das Reichsarbeitsministerium hat in einer Kundgebung, die wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken, der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Tarifparteien von der Kündigungsbefugnis der Lohnarbeitsverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Auf welche Tatsachen sich diese Annahme des Reichsarbeitsministeriums stützt, ist uns nicht bekannt. Dagegen wissen wir, daß die Unternehmer der Holzindustrie in dieser Frage ganz anderer Ansicht sind als der Minister. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind die zum 30. April kündbaren Tarifverträge und Lohnvereinbarungen auf der ganzen Linie gekündigt. Die Laufzeit der tariflichen Vereinbarungen ist nicht einheitlich. In einigen Fällen haben die Mantelverträge eine längere Laufdauer als die Lohnabkommen. Auch liegen die Nachrichten noch nicht aus allen Bezirken vor, so daß noch nicht übersehen werden kann, ob nicht doch vereinzelt von der Kündigung eines kündbaren Tarifvertrages abgesehen wurde.

Der Zweck der Kündigung ist, auch wo die Unternehmer ihre Forderungen noch nicht bekanntgegeben haben, nicht zweifelhaft. Der Inhalt der Mantelverträge soll verschlechtert und die Löhne sollen herabgesetzt werden. Der das ganze verfloßene Jahr hindurch von den Schlichtungsbehörden und schließlich in so wirksamer Weise durch die Notverordnung vom 8. Dezember geförderte Lohnruck hat den Appetit des Unternehmertums gesteigert.

Es wird sich von der Feststellung des Reichsarbeitsministeriums, wonach eine weitere Herabsetzung der Löhne weder tragbar noch wünschenswert ist, schwerlich beeinflussen lassen. Jedenfalls müssen wir uns für die nächste Zeit auf eine umfangreiche Tarif- und Lohnbewegung einrichten.

## Ein Unternehmersyndikus

In dem im Bibliographischen Institut in Leipzig im Jahre 1930 erschienenen Werk „Deutsche Berufskunde“, das von Ottoheinz v. d. Gablentz und Carl Mennicke herausgegeben wurde, findet sich eine interessante Charakteristik des Arbeitgebersyndikus. Es heißt da: „Er vertritt Interessen, die nicht die seinen sind... er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze auszukämpfen... Von der Tätigkeit des Arbeitgeber-syndikus innerhalb des Verbandes merkt die Öffentlichkeit nichts... wo er sich sehen läßt, ist er der Feind... Da ist es dann kein Wunder, wenn auch besonnene und versöhnliche Menschen mit der Zeit dahin geraten, Löhne, Urlaub, Arbeitszeit und Entlassungsbeschränkungen usw. nur noch als Unkostenfaktoren anzusehen, die es herabzusetzen gilt, und wenn sie so allmählich in die Rolle hineinwachsen, die sie in der öffentlichen Meinung von vornherein spielen, wenn auch sie sich nicht mehr unterscheiden von den mangelhaft vorgebildeten Stellungsjägern und verrannten Parteipolitikern.“

Für diese Charakteristik könnte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Sächsischen Stuhlindustrie, das Mitglied des Sächsischen Landtages, Herr Carl Tögel in Cobmannsdorf, Modell gestanden haben. Zu der Stuhlindustrie hat er keinerlei Beziehungen, aber er verfügt über ein gut entwickeltes Mundwerk, das ihn für die Funktion als Hetzhund gegen die Arbeiter, wofür ihn die Stuhlindustriellen gegen gute Bezahlung benutzen, wohl geeignet macht. Dieser Eigenschaft verdankt er auch sein Landtagsmandat, das er im Sinne scharfmacherischer Unternehmerinteressen ausübt. In diesem Sinne betätigt sich Herr Tögel auch schriftstellerisch.

In den „Dresdner Nachrichten“ vom 23. März veröffentlicht er einen Artikel, in welchem er sich über den am 11. März im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch für das sächsische Holzgewerbe austobt. Getreu dem obengegebenen Konterfei des Arbeitgeber-syndikus, als mangelhaft vorgebildeter Stellungsjäger und verrannter Parteipolitiker, betrachtet er den Lohn nur als Unkostenfaktor. Daß der Arbeitslohn in der Volkswirtschaft noch andere Funktionen hat, berührt ihn nicht. Im Interesse der Unternehmer müssen die Löhne gesenkt werden, auch weit unter das Existenzminimum. Daß Herr Tögel bei der Durchführung seiner Absichten auf Widerstand stößt, liegt an dem „heutigen System“, dem er den Fehdehandschuh hinwirft.

Das Reichsarbeitsministerium hat in bezug auf Lohnabbau bereits so viel getan, daß ihm zu tun kaum noch etwas übrigbleibt; dem Syndikus Tögel genügt das nicht. Er sagt: „Das Reichsarbeitsministerium ist vom Geiste des Marxismus und der gewerkschaftlichen Bonzokratie belebt.“ So erklärt er sich den Schiedsspruch für das sächsische Holzgewerbe, durch welchen die Tariflöhne gegenüber dem Stande zu Beginn des Jahres 1931 um mehr als 21 Prozent herabgesetzt wurden.

Es mag zutreffen, daß in einzelnen Fällen Unternehmer den Lohn in erpresserischer Weise noch weiter gesenkt haben. Daß solche skrupellose Ausnutzung wirtschaftlicher Übermacht Tögel angelegt wurden, wird jeder rechtlich Denkende begrüßen. Erst recht müßten es diejenigen begrüßen, die ein Interesse daran haben, daß das Gewerbe nicht durch wilde Konkurrenz vollends ruiniert werde. Wer sich nur als Hetzhund der Scharfmacher betrachtet, hat allerdings dafür kein Verständnis.

Herr Tögel entrüstet sich darüber, daß die Gewerkschaften bemüht sind, die Arbeiter dem würgenden Griff erpresserischer Unternehmer zu entziehen. Er sagt: „Aber dies alles (nämlich daß die Arbeiter gezwungen wurden, zu unglaublich niedrigen Löhnen zu arbeiten) gefällt einem nicht: dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer! Er hat nichts mehr zu tun, wenn der Arbeiter mit seinem Arbeitgeber selbst zur Vereinbarung kommt, und deshalb hat man in Berlin gedrängt, und der Reichsarbeitsminister als oberster Funktionär des Gewerkschaftswillens in Deutschland hat eingegriffen. Die Folge: Lohnerhöhung in der Tischlerwerkstatt, Möbelfabrik usw.“

Wir bestätigen Herrn Stegerwald gern, daß es unrecht ist, ihn als Funktionär des Gewerkschaftswillens zu bezeichnen. Sein Verhalten gerade gegenüber dem Holzgewerbe schützt ihn gegen den Vorwurf, die Interessen der Gewerkschaften und der Arbeiter zu fördern. Aber wenn Herr Tögel darüber jammert, daß die Unternehmer, die es mit dem erpresserischen Lohnruck zu arg getrieben haben, nun wieder höhere Löhne zahlen müssen, dann ist das zwar von seinem Standpunkt aus verständlich. Wir aber begrüßen es, auch im Interesse des daniederliegenden Gewerbes, daß durch den Schiedsspruch der unlauteren Konkurrenz ein wenig die Flügel gestutzt sind.

Das Bild des Scharfmachersyndikus Tögel wäre nicht vollständig, wenn man den Herrn nur von seinem Auftreten in der Öffentlichkeit und in der Presse kennen würde. Weit ungenügender gibt sich der Mann in seinen Briefen. Vor uns liegt sein vom 20. März datiertes Schreiben an unsere Verwaltungsstelle in Geringswalde. Hier sucht er durch Forsche zu imponieren. Verschiedene Arbeiter haben es abgelehnt, bei der Firma Ettig in Geringswalde Poliererarbeit in Akkord anzunehmen. Herr Tögel will durch Zeugen feststellen haben, daß diese Weigerung auf Beeinflussung durch unsere Verwaltungsstelle zurückzuführen sei. Er droht mit einer Schadenersatzklage, und das schönste dabei ist, daß er sich auf den § 33 des Mantelvertrages vom 5. Juni 1929 beruft, der zwar abgelaufen sei, aber Bestandteil der einzelnen Arbeitsverträge wurde, zumal in einer Anzahl von Betrieben seit Jahren in Akkord gearbeitet werde.

Die Berufung auf diese Vertragsbestimmung ist kennzeichnend für die geistige Verfassung des Herrn Tögel. An der angegebenen Stelle des Vertrages ist nämlich vorgeschrieben, daß die Festsetzung der Akkordpreise unter Hinzuziehung der Betriebsvertretung oder einer besonderen Akkordkommission erfolgt. Davon will jedoch die Firma nichts wissen, sie will die Akkordpreise allein festsetzen. Der Tarifvertrag schreibt auch vor, daß die Akkordpreise so zu bemessen sind, daß 115 Prozent des Tariflohnes erzielt werden können. Nach Ansicht des famosen Syndikus Tögel sind nur die den Arbeitern auferlegten Pflichten aus dem abgelaufenen Tarifvertrag in das einzelne Arbeitsverhältnis übergegangen, für den Unternehmer gelten die Vertragsbestimmungen nicht. Er hat ein übriges getan, wenn er den Polierern sagt, daß sie bis 75 Pf. die Stunde verdienen können.

Inzwischen ist ja der Tarifvertrag durch den verbindlich erklärten Schiedsspruch wieder in Kraft gesetzt. Der Tariflohn in Geringswalde, der früher 104 Pf. betrug, ist auf 82 Pf. herabgemindert. Die Akkordpreise sind in der Stuhlindustrie so zu bemessen, daß 108 Prozent des Tariflohnes verdient werden können. Wenn also die Firma statt der 75 Pf., die sie anbietet, die Akkordpreise so bemißt, daß 89 Pf. verdient werden können, dann erfüllt sie ihre Vertragspflicht, und sie

Mit Lauffeuer hinter Nummer 15. Wolfenbüttelweg 10/11

wird dann auch nicht klagen können, daß die Polierer die Arbeitsaufnahme verweigern.

Der schneidige Syndikus Tögel hat in seinem erwähnten Brief recht vernehmlich den Revolver knacken lassen. Wenn er nicht bis zum 24. März, mittags 12 Uhr, die eindeutige Erklärung in Händen hat, wonach der Durchführung der Akkordarbeit der Polierer in der Geringswalder Stuhlindustrie kein Widerspruch mehr entgegengesetzt wird, dann geht er ans Gericht. Es ist anzunehmen, daß Herr Tögel sich die Sache noch einmal überlegt hat. Er rühmt in seinem Brief die große Geduld, mit der er seit vielen Wochen darauf gewartet hat, daß sich unser Verband auf den „rechtlichen Boden“ stellen würde. Nun hat der verbindlich erklärte Schiedsspruch einen zweifelfreien Rechtsboden geschaffen. Ob der Syndikus Tögel nun den Mut aufbringen wird, seine Auftraggeber zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten anzuhalten?

## Neustadt in Mecklenburg

Einen schweren Verlust hat unsere Verwaltungsstelle erlitten. Unser Kollege Wilhelm Homuth ist nach langem, schwerem Leiden gestorben. Homuth gehörte zu den Gründern unserer Verwaltungsstelle. Länger als 30 Jahre hat er unserem Verband angehört, und er war, bis ihn die Krankheit niederwarf, dauernd in der Verwaltung tätig. Daneben wirkte er im Ortsausschuß des ADGB, und er verwaltete auch öffentliche Ehrenämter zur vollen Zufriedenheit seiner Wähler. Als vorbildlicher Gewerkschafter war er auch besonders tüchtig im Beruf; hat er doch etwa 30 Jahre im gleichen Betrieb gearbeitet. Die starke Beteiligung an der Bestattungsfeier legte Zeugnis ab von dem Ansehen, dessen sich Kollege Homuth in seinen Kreisen der Bevölkerung erfreute. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

## Säger in Rheinland-Westfalen

Mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Grubenholzindustrie und der Arbeitgebervereinigung für den Holzhandel Westdeutschlands wurde am 19. März eine Vereinbarung getroffen, durch welche der Tarifvertrag vom 6. Juni 1923 um ein weiteres Jahr, also bis zum 30. Juni 1933, verlängert wird. Doch sollen die aus dem Vertrag sich ergebenden geldlichen Ansprüche aus den Ferienbestimmungen im Jahre 1932 mit 70 Prozent abgegolten werden.

## Säger in der Rheinpfalz

Für das pfälzische Sägewerbe ist das letzte Lohnabkommen bereits Ende Oktober 1930 abgelaufen. Ein für Ende November 1931 unternommener Versuch zur Schaffung eines neuen Abkommens blieb ergebnislos. Dagegen ist der bis Ende März 1932 abgeschlossene Tarifvertrag durch die Notverordnung vom 8. Dezember bis zum 30. April verlängert worden. Dieser Tarifvertrag war vom Pfälzischen Sägewerksverband gekündigt worden. Zwecks Erneuerung fanden am 23. März Verhandlungen statt. Sie führten zu dem Ergebnis, daß der Tarifvertrag bis zum 31. März 1933 verlängert wurde mit der Maßgabe, daß die Ferien nur zu drei Fünfteln entschädigt werden. Zugleich wurde ein Lohnabkommen mit Geltung bis zum 30. Juni getroffen, welches den Lohn an der Spitze ab 1. April auf 63 Pf., ab 1. Mai auf 62 Pf. festsetzt.

## Allgemeinverbindlich

Der Lohnarbeitsvertrag für das ostpreussische Holzgewerbe vom 16. Dezember 1931, der als Nachtrag zu dem allgemeinverbindlichen Manteltarifvertrag vom 12. Juni 1926 gilt, ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 4. März mit Wirkung ab 1. März 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Diese Entscheidung gilt nicht für den Regierungsbezirk Marienwerder, für den die Entscheidung vorbehalten ist.





# Holzindustrie



## Rußlands Holzwirtschaft

Das Jahr 1931 war auch für die russische Holzwirtschaft ein schlechtes Jahr. Von den vielen Plänen der Sowjetregierung in bezug auf den Holzeinschlag und die Holzexport ist kein einziger in Erfüllung gegangen. Obwohl das schon in den ersten Monaten des Jahres feststand, erhöhte das Volkskommissariat für Holzwirtschaft den Arbeitsplan. Im Kalenderjahr 1931 sollte der Holzeinschlag planmäßig 240 Millionen Festmeter erreichen; es wurden aber nur 153,2 Millionen Festmeter eingeschlagen, also 86,8 Millionen weniger. Dieser Mißerfolg hindert die Sowjetregierung selbstverständlich nicht, für das laufende Jahr das Einschlagssoll erneut stark zu erhöhen, und zwar auf 295 Millionen Festmeter. Der Verlust der Planaufgabe für 1931 soll im I. Vierteljahr 1932 wettgemacht werden; allein in diesen drei Monaten sollen 133,1 Millionen Festmeter eingeschlagen werden, also nur knapp 20 Millionen weniger als im ganzen Jahr 1931. Wie die Sowjetregierung das fertigbringen will, ist ihr Geheimnis. Für 1933 sieht der Einschlagplan sogar 370 Millionen Festmeter vor.

Die Gründe für die Nichterfüllung des Jahresplans liegen nach den Feststellungen des Volkskommissariats für Holzwirtschaft im Mangel an Arbeitskräften und an der nicht durchgeführten „Mechanisation“ der Fällung und des Abtransports aus dem Walde. Planmäßig sollten im 3. Vierteljahr 1931 rund 320 000 Holzfäller und 354 000 Fuhrleute mit Pferden, zusammen also 674 000 Personen beschäftigt sein. Für das 4. Vierteljahr waren vorgesehen 480 000 Holzfäller und 987 000 Fuhrleute, zusammen 1 467 000 Mann. Am 22. Oktober arbeiteten ganze 95 000 und am 1. November etwa 120 000 Fäller und Fuhrleute. Die Absicht der Sowjetregierung, beim Holzfällen mit den modernsten Maschinen arbeiten zu lassen, schertert daran, daß diese Maschinen fehlen. Auch der Bau von Waldbahnen geht nicht planmäßig vor sich. Etwa 80 Prozent des Holzes müssen mit Pferden und Schlitten oder Wagen befördert werden.

Auch mit der Holzflößung klappt es nicht, und zwar gleichfalls aus Mangel an Arbeitskräften. Am 10. Mai sollten planmäßig 618 000 Personen mit der Holzflößung beschäftigt sein, es waren aber nur 460 200, und am 10. Juni sogar nur noch 308 000. Um die Holzflößung in Schwung zu bringen, wurde vom 15. Juni bis zum 15. Juli ein „Allrussischer Stoßmonat für die Holzflößung“ organisiert, und zwar mit der Aufstellung von Stoßtruppen und Brigaden, mit der Ausschreibung von Wettbewerben und Prämien, alles unter möglichst starker Heranziehung von Frauen und Jugendlichen. Die Arbeiter mußten sich verpflichten, ihren Arbeitsplatz vor Beendigung der Flößung nicht zu verlassen. Als diese Aktion zu dem gewünschten Ziele nicht führte, wurde Anfang November vom Volkskommissariat für Holzwirtschaft in Verbindung mit dem Holzarbeiter-Verband, dem Verband der Flußtransportarbeiter und dem Hauptstab der Flößung „eine Dekade der außerordentlichen Tätigkeit zwecks Liquidierung des Durchbruchs der Flößung und der vollen Erfüllung des Flößungsplanes“ organisiert unter der Losung: „Nicht ein Stück Rundholz soll dem Wasser überlassen bleiben.“ Am 27. November meldete die „Iswestija“, daß „die Holzflößung als mit Erfolg beendet angesehen werden könnte“. Das stimmte freilich nicht, denn um diese Zeit schwammen noch etwa 38 Millionen Festmeter im Wasser, das heißt fast die Hälfte der zu flößenden Holzmenge.

Um möglichst viel Schnittholz und holzindustrielle Fertigerwaren ausführen zu können, plant die Sowjetregierung einen starken Ausbau der Holzindustrie. Im Jahre 1931 waren für diesen Zweck 383 Millionen Rubel im Wirtschaftsplan vorgesehen, für 1932 stehen 1494 Mil-

lionen und für 1933 sogar 1762 Millionen Rubel zur Verfügung. Davon waren für den Bau neuer Sägewerke und holzverarbeitender Betriebe im Jahre 1931 bestimmt 85 Millionen Rubel, 1932 sollen dafür ausgegeben werden 533 Millionen und 1933 mindestens 590 Millionen Rubel. Für Erweiterungsbauten standen 1931 zur Verfügung 40,6 Millionen, für die zwei folgenden Jahre sind vorgesehen 102 und 111 Millionen Rubel.

Im Jahre 1932 sollen 37 und im nächsten Jahre 49 neue Sägewerke errichtet werden. Wird dieser Plan durchgeführt, dann gibt es 1933 in Rußland 670 Sägewerke mit 2530 Gattern. Seit 1929 wäre das ein Zuwachs von 1670 Gattern, denn damals gab die Sowjetregierung deren Zahl auf 860 an.

Während die Sowjetregierung bemüht ist, möglichst recht viel Holz auszuführen, herrscht in Rußland ein fühlbarer Holz-mangel. Das Programm der Inlandsversorgung im Jahre 1931 war aufgebaut auf einer ganz bedeutenden Produktionssteigerung der Holzwirtschaft. So sollte im Vergleich zu 1930 die Steigerung betragen: bei Bauholz 62 Prozent, bei Brettern 77 Prozent und bei Brennholz 44 Prozent. Das tatsächliche Ergebnis war bei Bauholz 2 Prozent, bei Brettern 5 Prozent und bei Brennholz 6 Prozent. Die Folge davon war, daß der Bauholzbedarf nur zu etwa 60 Prozent und der Bretterbedarf zu annähernd 70 Prozent befriedigt werden konnte. Um mit dem vorhandenen Brennholz auszukommen, wurde es rationiert. In verschiedenen Orten wurde bestimmt, daß nur an bestimmten Tagen in der Woche geheizt werden darf. Da in Rußland die Eisenbahnlokomotiven streckenweise mit Holz geheizt werden, machte sich der Brennholzmangel auch im Eisenbahnverkehr unangenehm bemerkbar. So mußten in einigen Gegenden verschiedene Züge ausfallen, da die Heizer kein Holz auftreiben konnten.

Aus allen diesen Zahlen und Feststellungen, die amtlichen Veröffentlichungen der Sowjetregierung entnommen sind, geht hervor, daß in Rußland kräftig am Ausbau der Holzindustrie gearbeitet wird. Freilich geht nicht alles so planmäßig, wie es sich auf Papier niederschreiben läßt. Dennoch werden sehr beachtliche Fortschritte gemacht.

## Seht, das ist ein Geschäft

Im Bericht über die Gründung der „Ausfuhrstelle der Gruppe Möbelindustrie des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie“ heißt es: „Erwerb-zwecke sind ausgeschlossen.“ Damit soll gesagt sein, daß die Ausfuhrstelle keine Erwerbsgeschäfte macht. Es soll aber nicht heißen, daß die Ausfuhrstelle für die beteiligten Unternehmensverbände kein Erwerbsgeschäft sein darf. Hätte das ausgeschlossen sein sollen, dann wäre diese Ausfuhrstelle in dieser Form wahrscheinlich überhaupt nicht ins Leben gerufen worden. Denn hier gilt mehr als anderswo der bekannte Grundsatz: „Erst das Geschäft und dann das Vergnügen.“

Also: „Die Ausfuhrstelle erhebt zur Deckung der durch ihre Tätigkeit entstehenden Unkosten von jeder Firma pro Doppelzentner Kontingentslieferung eine Gebühr von vorläufig 2 Mk.“ Da das Gesamtkontingent im laufenden Jahr 23 000 Doppelzentner beträgt und anzunehmen ist, daß es restlos ausgenutzt wird, darf die Ausfuhrstelle mit der runden Summe von 46 000 Mk. Gebühren rechnen. Davon ist ein Teil der Geschäftsunkosten der Ausfuhrstelle zu bestreiten. Wir sagen ein Teil, denn die Antragsformulare und Ausfuhrerlaubnisse läßt sie sich extra bezahlen, und zwar mit 10 Pf. pro Antrag. Dazu kommt die Brennstempelgebühr von der einfachen für Kohlenfeuerung 7 Mk. und der mit elektrischer Beheizung 16 Mk. kostet. Das sind Freise mit einem ganz ansehnlichen Handelsaufschlag.

Wie hoch die tatsächlichen Unkosten der Ausfuhrstelle sind, wissen wir nicht und die Öffentlichkeit wird es wohl auch niemals erfahren. Es sei hier aber an eine Bemerkung der Redaktion des „Deutschen Holzgewerbes“ in ihrer Polemik gegen uns erinnert, nämlich an jenen Satz, daß es sich wegen der mageren Kontingentsmenge nicht lohne, ein neues „Pöstchen“ zu schaffen. Die Gebühren, die von der Ausfuhrstelle erhoben werden, lassen vermuten, daß sich ihre Hintermänner nicht nur ein „Pöstchen“, sondern fette Posten zu schaffen verstehen. Mit den 46 000 Mk. läßt sich ein ganzes Büro unterhalten. Die Frage ist nur die, welches Büro oder vielleicht richtiger: welche notleidenden Büros davon leben. Daß sich im Blätterwald der Holzindustriellen niemand über die 2-Mk.-Gebühr der Ausfuhrstelle aufregt, läßt allerhand Vermutungen aufkommen.

Die Ablehnung unserer Forderung, zu den Arbeiten der Ausfuhrstelle auch Gewerkschaftsvertreter hinzuzuziehen, wird nun auch denjenigen, die es bisher noch nicht begriffen hatten, verständlich.

## Feuerschutz in Holzbearbeitungsbetrieben

(Schluß aus Nr. 14.)

Die Zündungsgefahr kann aber auch von außen durch Fremdkörper, Schrauben, Muttern usw. in die Rohrleitungen gebracht werden, die durch Aufschlagen, namentlich im Exhaustor, Funken geben können. Exhaustoren aus Aluminium bieten Schutz dagegen. Immer sollten aber, besonders an Kehrlöchern, die mit der Absaugung verbunden sind, Vorrichtungen getroffen werden, die schon das Eindringen von Eisenteilen verhüten. Wo mit Explosionen gerechnet werden muß, sollten die Rohrleitungen außerdem mit Explosionsklappen ausgerüstet werden, welche wenigstens die erste Verpuffung oft gefahrlos ableiten können.

Abfälle, die durch ihre Größe oder Gestalt der Absaugung Hindernisse bieten, wie die einer Papierbahn ähnelnden Abfälle bei der Bearbeitung von Sperrholzplatten mit der Ziehklänge und sperrige Abfälle, zerkleinert man vor der Absaugung. Würden große Abfälle, zumal wenn sie auch noch wasserhaltig sind, unzerkleinert in die Kesselfeuerung gelangen, so können sie die Nachbarschaft gefährden, da sie nur unvollkommen verbrennen und zuweilen in glühendem Zustand mit den Feuergasen durch den Kesselzug selbst aus hohen Schornsteinen ausgeworfen werden.

Transmissionen können ebenso wie verstaubte Lager der Arbeitsmaschinen zu Staubzündungen Veranlassung geben. Durch Rutsch der Lederriemen wird bekanntlich statische Elektrizität von sehr hohen Spannungen erzeugt. Wo die Staubgefahr groß ist, soll man daher die Lederriemen durch Geweberiemen ersetzen. Wo dies nicht möglich ist, hat sich eine regelmäßig wiederholte beiderseitige Tränkung der Lederriemen mit einer Lösung von einem Teil Glycerin und einem Teil Wasser als praktisch erwiesen, um die Entstehung statischer Elektrizität zu vermindern. Eiserner Riemenverbinder können Funkenschlag verursachen.

Als Ausscheidungsgefäß für die Abfälle wird die Staubkammer mehr und mehr durch den Zyklon verdrängt. Spänekammern und Bunker sollen massiv aus feuerbeständigem Material ausgeführt werden. Sie stehen am besten frei, unter keinen Umständen dürfen sie sich aber an brennbare Gebäudeteile anlehnen oder mit ihnen derart in Verbindung stehen, daß die Übertragung eines ausgebrochenen Brandes auf das Gebäude begünstigt wird. Verbindungsöffnungen in Spänekammern zum Kesselraum sind zulässig, wenn sie mindestens 2 Meter von der Feuerung entfernt liegen und einen mindestens feuerhemmenden Verschluss haben. Ganz besondere Vorsicht muß da angewendet werden, wo die in

einem Zyklon abgeschiedenen Späne zur Vereinfachung des Betriebes nicht erst in einer Spänesammelkammer gesammelt und von da der Feuerung zugeführt werden, sondern wo die Späne von dem Abscheider direkt in eine Vorfeuerung gelangen, wo also eine automatische Verfeuerung der Späne stattfindet. Hier darf selbstverständlich keine starre, ununterbrochene Verbindung zwischen der Vorfeuerung und dem Abscheider geschaffen werden, weil sonst durch den eventuell als Schornstein wirkenden Späneabscheider eine erhöhte Feuergefahr, auch Explosionsgefahr im Abscheider gegeben ist. Man muß deshalb zwischen Vorfeuerung und Falleitung vom Abscheider eine Aufgabeschleuse einschalten, die durch einen Motor angetrieben wird und das anfallende Spänematerial der Spänefeuerung gleichmäßig zuführt und gleichzeitig aber einen ständigen Abschluß der Feuerung von der Spänefalleitung bewirkt. Auch in diesem Fall empfiehlt es sich, die Falleitung nicht direkt an die automatische Schleuse anzuschließen, sondern eine Unterbrechung der Falleitung stattfinden zu lassen, damit bei eventuell auftretender Stauwärme in der Speisevorrichtung und dadurch hervorgerufenem Schwelen von dort sich sammelndem Spänematerial nicht etwa ein Brand in der Falleitung und im Abscheider, die als Schornstein wirken würden, entsteht.

Wird der feine Staub im Zyklon nicht in genügendem Maße abgeschieden, so müssen die Dächer und Anlagen der Nachbarschaft, auf denen sich der Staub ablagert, regelmäßig gereinigt werden.

Auf eine Gefahr mag zum Schluß noch hingewiesen werden. Wo Werke und Werkstätten viel von betriebsfremden Leuten betreten werden, welche z. B. die Abfälle abholen, ist streng darauf zu achten, daß auch von diesen das Rauchverbot erfüllt wird. Werden die Späne aus der Abscheidung in Säcke gefüllt, so muß dies im Freien oder in einem durch feuerbeständige Wände abgetrennten und mit feuerhemmender Tür versehenen Raum geschehen.

## Preisvereinbarungen im Sperrholzgeschäft?

Aus einem Versammlungsbericht des Verbandes deutscher Sperrholzhändler (Sitz Berlin) wird bekannt, daß der Verband der deutschen Sperrholzfabrikanten sich bereit erklärt hat, mit dem Händlerverband „in Verhandlungen über den Konsumentenverkehr und die Handelsspanne einzutreten“. Die Sperrholzhändler sind zu solchen Verhandlungen bereit, und „sie erwarten von diesen Verhandlungen trotz des Darniederliegens des Marktes und des verschärften Unterbietungswettbewerbes ein positives Ergebnis. Dieses liegt auch im Interesse der Sperrholzfabrikanten, damit nicht bei veränderter Lage weite Kreise des Sperrholzhandels in die bevorzugte Einfuhr ausländischen Sperrholzes abgedrängt werden.“

Der Hinweis auf „die bevorzugte Einfuhr“ wird angesichts des hohen deutschen Sperrholzzolles auf die Fabrikanten wohl keinen großen Eindruck machen. Aber manches andere spricht dafür, daß die Fabrikanten an einer Verständigung ebenso stark interessiert sind wie die Händler.

Gegen eine solche Verständigung werden auch die Sperrholzverbraucher nichts haben, sofern diese nicht ausschließlich auf ihre Kosten geht. Einen Nachteil haben sie ganz sicher davon, nämlich den, daß sie dann auf der ganzen Linie feste Sperrholzpreise vorfinden. Das gegenseitige Unterbieten der Sperrholzhändler hört ziemlich auf. Auf weite Sicht gesehen liegen erträgliche feste Preise aber auch im Interesse der Sperrholzverbraucher.

An einem verständigen Zusammenarbeiten zwischen Sperrholzfabrikanten, Sperrholzhändlern und Sperrholzverbrauchern sind schließlich auch die Holzarbeiter interessiert. Denn der wüste Konkurrenzkampf wird in erster Linie auf ihrem Rücken ausgeübt, wie die Erfahrungen beweisen.





# Gewerkschaftsbewegung



## Tagung des Bundesausschusses

Am 22. März 1932 trat der Ausschuss des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner fünften Tagung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart in ehrenden Worten Paul Umbrechts, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entrissen worden ist. Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongress veranlaßt haben. Der Kongress wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden.

Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen kommt nach seiner Auffassung nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können.

Für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen werden gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten sehr lebhaft propagiert wird. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern der Gedanke, eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis würden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristige Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde von Seiten des Bundesvorstandes hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Änderung zu erreichen.

## Gegen neue Lohnsenkungen

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind die Löhne stark herabgesetzt und die geltenden Tarifverträge bis zum 30. April verlängert worden. Die Konsequenzen dieser Verordnung sind anscheinend nicht mit der notwendigen Gründlichkeit überdacht worden. Im Unternehmertum hat die Bezeigerung für den Tarifvertrag, die in der ersten Zeit nach der Revolution so hohe Wogen schlug, eine starke Abkühlung erfahren; vielfach hat sie einen Tarifvertragsplatz gemacht. Wo man sich von der tariflichen Bindung nicht völlig befreien kann, da machen sich Bestrebungen geltend, den Tarifvertrag nach Möglichkeit zu verschlechtern. Der Ablauf der zwangsweise bis zum

30. April verlängerten Verträge bietet dazu eine geeignete Gelegenheit.

Bei der Einstellung der Mehrheit des Unternehmertums ist mit einer Erneuerung der Tarifverträge auf Grund direkter Verhandlungen zwischen den Parteien nur in Ausnahmefällen zu rechnen. Bei der Massenhaftigkeit der auf Grund der Notverordnung am 30. April zur Erneuerung anstehenden Tarifverträge ist der amtliche Schlichtungsapparat gar nicht imstande, die ihm erwachsende Aufgabe zu bewältigen. Angesichts dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß an verschiedenen Stellen die Meinung auftauchte, das Reichsarbeitsministerium beabsichtige, der Schwierigkeiten dadurch Herr zu werden, daß es die Laufdauer der Tarifverträge oder wenigstens der für einige Gewerbe durch eine neue Notverordnung verlängert.

Das Reichsarbeitsministerium bestreitet eine solche Absicht. Es erläßt eine amtliche Kundgebung, in der das Folgende mitgeteilt wird:

„Zu der Notiz in einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohn-tarifverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohn-tarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.“

Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufsgruppen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Änderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten baldigst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

Im übrigen sind in der letzten Zeit einzelne Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen. Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium weiter mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschrift der Notverordnung nicht berechtigt. Danach laufen Tarifverträge nur dann ohne Kündigung mit dem 30. April 1932 ab, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind. „Auf längere Dauer“ — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen.

Das Reichsarbeitsministerium nimmt ferner, ohne damit der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Einzelfalle vorgreifen zu wollen, an, daß Kündigungen von Lohn- und Gehaltstarifverträgen, die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung, also vor dem 9. Dezember 1931, ausgesprochen und später nicht wiederholt wurden, mit Rücksicht auf die durch die Vorschriften der Notverordnung grundlegend veränderte Lage nicht mehr als wirksam anzusehen werden können, falls nicht besondere Umstände, wie die Tatsache, daß der Tarifvertrag nur einmal jährlich gekündigt werden kann, ausnahmsweise eine andere Auffassung bedingen.“

Das Reichsarbeitsministerium verrät in dieser Kundgebung einen beneidenswerten Optimismus. Wichtig erscheint die Feststellung, daß eine vor dem 9. Dezember ausgesprochene Tarifkündigung nicht mehr wirksam ist. Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf einer Kündigung bedürfen und durch die Notverordnung bis zum 30. April verlängert wurden, laufen also weiter, wenn sie nicht gekündigt wurden.

Eine weitere allgemeine Senkung der Löhne hält das Reichsarbeitsministerium nicht für tragbar und auch nicht für wünschenswert. Der betreffende Passus in der amtlichen Kundgebung ist vorsichtig formuliert, und die darauf folgende Anerkennung der Berechtigung zur Anpassung der Löhne in einzelnen Berufszweigen an den allgemeinen Lohnstand, demgegenüber sie überhöht erscheinen, nimmt der Feststellung einiges von ihrem Wert. Vorliegende Einzelnachrichten lassen übrigens erkennen, daß die Mahnung des Reichsarbeitsministeriums, eine Beunruhigung der Wirtschaft durch Tarifkündigungen zu unterlassen, beim Unternehmertum kaum Beachtung gefunden hat.

## Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung

Gegen Ende vorigen Jahres ist in der „Metallarbeiter-Zeitung“ eine Aussprache über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen eröffnet worden. Das Thema wurde im „Regulator“, dem Organ der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter, aufgegriffen. Das Blatt lehnte den Verschmelzungsgedanken nicht ab, stellte aber drei Fragen, die u. a. auch von Leipart in der „Gewerkschafts-Zeitung“ sehr ausführlich beantwortet wurden. Diese Aussprache wurde noch eine Zeitlang fortgeführt, dann aber ist es still davon geworden.

Nun zieht die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 11 das Ergebnis. Aus dem Verhalten der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine zieht sie den Schluß, daß bei dem Gewerkverein der Metallarbeiter, der mit etwa 70 000 Mitgliedern der weitaus stärkste Gewerkverein ist, wohl Neigung zur Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorhanden sei. Die Führer der anderen Gewerkvereine fürchten jedoch, bei einer Verschmelzung nicht auf ihre Kosten zu kommen. Sie halten deshalb auch den Gewerkverein der Metallarbeiter zurück, da ohne ihn der Verband der deutschen Gewerkvereine nicht lebensfähig wäre.

Weit zurückhaltender waren die christlichen Gewerkschaften. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat sich überhaupt nicht geäußert. Im Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes hat sich dessen Schriftleiter nicht nur schroff ablehnend, sondern mit einer Überheblichkeit geäußert, die in keinem rechten Verhältnis zu der Bedeutung der christlichen Gewerkschaften steht. Das christliche Organ erklärte, daß eine unüberbrückbare Kluft zwischen der christlichen und der sozialistischen Idee bestehe und daß der Gedanke einer Vereinigung lächerlich sei.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sucht die Erklärung für die schroffe Ablehnung, die der Gedanke der Vereinigung bei den christlichen Gewerkschaften erfahren hat, auf politischem Gebiet. In bestimmten Kreisen seien Bestrebungen im Gange, die einen Ausgleich zwischen dem Zentrum und der Nationalsozialistischen Partei zwecks gemeinsamer Regierungsbildung herstellen wollen. Hierzu würden die christlichen Gewerkschaften als geeignete Brücke betrachtet, zumal hier bereits eine Querverbindung vorhanden sei über den Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband und den christlichen Landarbeiter-Verband. Beide sind dem christlichen Gewerkschaftsbund angeschlossen, und beide sind auch in ihrer Führung schon stark von Nationalsozialisten durchsetzt.

Letztere Tatsache ist richtig. Dagegen hat die neuere Entwicklung gezeigt, daß die Frage eines Zusammengehens des Zentrums mit den Nationalsozialisten zum Zwecke der Regierungsbildung, zur Zeit wenigstens, nicht aktuell ist. Haben doch sowohl das Zentrum als auch die christlichen Gewerkschaften erst neuerdings eine scharfe Trennungslinie zwischen sich und den Nationalsozialisten gezogen. Allerdings haben solche Erklärungen keinen Ewigkeitswert, und vom Zentrum insbesondere weiß man, daß es nach allen Seiten Bündnisse schließen kann, wenn es dabei seinen Vorteil findet.

Man braucht für die Ablehnung des Gedankens der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung durch prominente Führer der christlichen Gewerkschaften nicht so weit nach Gründen zu suchen. Die Vereinigung wäre eine Verleugnung der Gedanken, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften geführt haben. Und das kann man von den noch lebenden Vätern dieser Bewegung nicht erwarten. Vermutlich denkt die Masse der Mitglieder, die solche Hemmungen nicht hat, über den Gegenstand anders. Die Leitung der christlichen Gewerkschaften läßt es freilich an Erklärungen nicht fehlen, durch welche die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Gewerkschaftsrichtungen immer aufs neue unterstrichen werden. Die Masse hat aber wenig Verständnis für die gekünstelten Theorien. Sie sieht die Praxis und erkennt, daß die christlichen Arbeiter nicht minder ausgebeutet werden als die Andersgläubigen und die Ungläubigen. Die Unternehmer fragen in ihren Organisationen nicht nach dem Religionsbekenntnis des einzelnen Mitglieds, und wenn dem christlichen Arbeiter erzählt wird, daß sein Weltbild grundverschieden sei von dem seines sozialistischen Kollegen, so findet er, daß ihm trotz des verschiedenen Weltbildes der Lohn ebenso gedrückt wird wie diesem, daß er ebenso wie der sozialistische Arbeiter auf die Straße geworfen und zum Hunger verurteilt wird.

Diese harten Tatsachen bringen die Arbeiter zusammen, und sie werden mit der Zeit dazu führen, daß die künstlichen Schranken, die zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtung errichtet wurden, weggeräumt werden. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen. So wünschenswert die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung wäre, so kann sie doch nicht erzwungen werden. Man muß Geduld haben, aber die Entwicklung führt unausbleiblich zum Zusammenschluß.

## Nazis betteln bei den Unternehmern

Im „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom 9. März findet sich die nachstehende Anzeige, die durch ein beigedrucktes großes Hakenkreuz besonders auffällig gemacht ist:

De Nationaal-Socialistische  
Nederlandsche Arbeiders Partij  
zoekt verbinding met Industrieelen,  
Fabrikanten, enz.

Brieven uitsluitend richten aan: N.S.N.A.P.  
p/a: A. Smit, Postbus 161, Den Haag.  
Uiterste discretie verzekerd.

Das Inserat ist für deutsche Leser auch ohne Übersetzung verständlich. Die Nazis haben sich dem deutschen Unternehmertum so nützlich erwiesen, daß man glaubt, mit ihrer Firma auch die holländischen Industriellen und Fabrikanten mit Erfolg anbetteln zu können. Da es in Holland eine Nationalsozialistische Partei nicht gibt, ist es denkbar, daß ein ingenieuser Industrieller auf diesem Wege die Kassenschranke der Industriellen zu erleichtern hofft. Näher liegt allerdings die Vermutung, daß hinter dem Inserat die deutschen Nazis stecken, die auf diesem Wege ihre Finanzen aufzubessern suchen.

Kennzeichnend für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist es jedenfalls, daß sie in Deutschland wie im Ausland die Unternehmer anschnorrt.





# Unterhaltung und Wissen



## Unter der Lupe Samuel Lockman der Elites Kapitel.

14. Fortsetzung.  
Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin

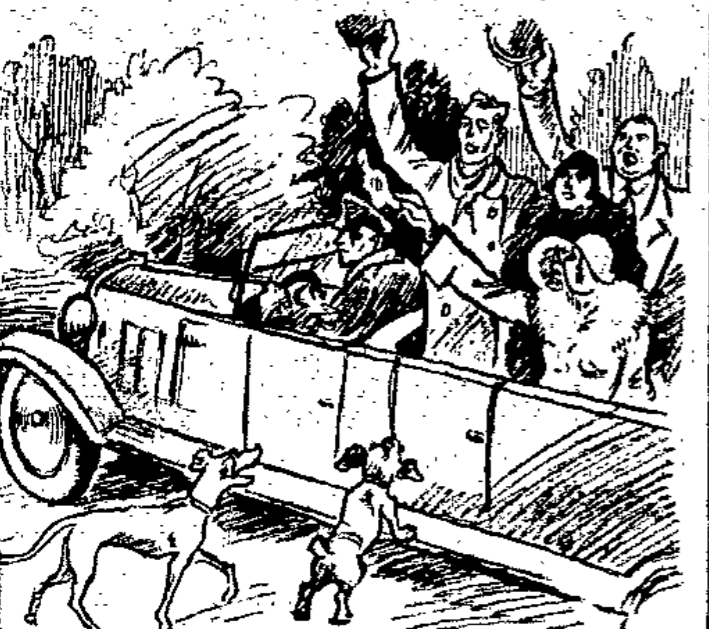
Eine Woche verfloß, ohne daß Samuel seine Göttin gesehen hätte. Er lebte ganz der Erinnerung an ihr kurzes Zusammensein. Während er Hecken beschnitt, träumte er die abenteuerlichsten Dinge: Errettung aus Lebensgefahr, Heldentaten. Zum ersten Male erschien ihm seine Arbeit langweilig; sie war so gar nicht romantisch! Wäre er doch Gladys' Cliauffeur gewesen! Oder der Führer, der sie auf Ausflügen in der Wildnis begleitete! Oder der Mann, der das wundervolle Motorboot steuerte! Samuel grübelte viel, fürchtete, ganz vom Alltag verschlungen zu werden. Und ahnte gar nicht, wie nahe eine gewaltige Veränderung war.

Bertie Lockman war etliche Tage bei Freunden zu Besuch gewesen; unerwartet kam er eines Nachmittags zurück. Samuel wußte, daß man Bertie nicht erwartet habe, denn dessen Zimmer war sonst stets mit Blumen gefüllt. Der Gärtner war abwesend, als das Auto anlangte, und Samuel schnitt auf eigene Verantwortung Blumen ab und trug sie ins Haus. Er ließ sie im Zimmer der Haushälterin und ging dann sie suchen. Im Speisezimmer traf er Bertie an, der eben Peters seine Befehle erteilte. Als bescheidener Gartenjunge hätte sich Samuel sofort zurückziehen müssen; statt dessen trat er vor, und Bertie lächelte freundlich und sagte: „Hallo, Samuel.“

„Guten Tag, Herr Albert!“  
„Nun, wie sind Sie mit Ihrer Arbeit zufrieden?“  
„Außerordentlich.“ Dann fügte Samuel entschuldigend hinzu: „Ich brachte nur einige Blumen.“

Bertie wandte sich abermals Peters zu, und Samuel wollte gehen, als er vor dem Haus das Surren eines Autos vernahm.  
„Was ist denn das?“ rief Bertie und blickte nach der Halle. Peters ging zur Tür, Samuel aber blieb stehen und schaute.

Ein großes, rotes Auto stand vor der Terrasse. Darin saß eine Anzahl junger Menschen, die mit der Hand winkten und „Bertie! Bertie!“ riefen.



Bertie schien äußerst erstaunt: „Hol' mich der Teufel!“ brummte er und ging seinen Gästen entgegen.

Selbstverständlich hätte Samuel nicht stehenbleiben dürfen, sondern sich eiligst entfernen sollen. Da er jedoch eine bevorzugte Persönlichkeit war, ahnte er noch nicht recht, wozu ihn seine „Stellung“ verpflichtete. Außerdem deuteten ihm diese Menschen aus der oberen Welt so wunder-volle Wesen, er war so begierig, sie näher kennenzulernen.

Im Auto saßen zwei junge Burschen, die fast ebenso schön waren wie Bertie. Und vier junge Mädchen. Diese waren ebenfalls schön, fast so schön wie Fräulein Gladys, aber sie muteten fremdartig an, was vielleicht an ihren Automobilkostümen lag. Diese Mädchen waren zarte, äftige Wesen mit einem Teint wie Pfirsichblüten, mit win-nigen Händen und Füßen. Sie trugen an sich alle Farben des Frühlings. Auf ihren

Hüten prangten Vögel und Blumen und Früchte, zarte Schleier hingen von den Hüften nieder. Als sie aus dem Auto stiegen, sah Samuel Rüschen und Bänder, feine Küchel und Schuhe. Sie lachten, scherzten, kamen in einem Wirbelwind der Heiterkeit dahergesegelt.

„Du scheinst dich gar nicht über uns zu freuen, Bertie!“ rief eines der Mädchen.

„Tröste dich, mein Alter, niemand wird etwas ausplaudern“, sagte ein junger Mann.

„Und wir werden brav sein und früh heimgehen“, fügte ein anderes junges Mädchen hinzu.

Eines der Mädchen fiel Samuel besonders auf, weil es ernster aussah und zurückhaltender schien. Sie war kleiner als die anderen, trug ein rosa-weißes Kleid, rosa und weiße Schleifen. Auch ihre Wangen schimmerten rosig, und sie hatte das reizendste Gesichtchen, das Samuel jemals gesehen. Nun lief sie auf den jungen Lockman zu, schlang die Arme um seinen Hals.

„Bertie!“ rief sie. „Es ist meine Schuld. Ich zwang die anderen, herzufahren. Wollte dich so gerne sehen. Du bist uns doch nicht böse?“

„Nein“, erwiderte Bertie. „Ich bin nicht böse.“

„Dann freue dich doch“, sagte das Mädchen und küßte ihn abermals. „Sei ein lieber Junge.“

„Schon recht“, entgegnete Bertie zögernd, „ich werde lieb sein, Belle.“

„Wir wollten dich überraschen“, erklärte einer der Burschen.

„Ihr habt mich tatsächlich überrascht.“ Berties Antwort schien die Gäste äußerst zu belustigen, denn sie lachten alle laut.

„Er fordert uns nicht einmal auf, ins Haus zu kommen“, bemerkte das eine Mädchen.

## Glaube

**Der Saal, viel tausend Menschen dicht gereiht,  
Die Herzen schlagen und die Fahnen walfen!  
Ein heißer großer Wille lebt in allen:  
Volk will zur Masse sich zusammenballen,  
Die, stark und kampfgestählt, sich selbst befreit.  
Du spürst im Geiste eine neue Zeit  
Und siehst des Alten marsthe Trümmern fallen.  
Fort alle ihr, die ihr von gestern seid!**

**Hier steht mit schwelger Faust und hartem Blick  
Der freien Hammerschaften kühne Scharen.  
Reichsbannerheere scheuchen die Gefahren,  
Und rüst'ge Sportler meistern das Geschick.  
Ein Marsch erklingt, das hallt und schallt und dröhnt.  
Der Freiheit Schritt soll uns die Richtung weisen.  
Das ist die Front, die große Front von Eisen.  
Denn wir sind mutig, wir sind kampfgewöhnt.**

**Tritt ein, tritt ein, mein Freund, und komm auch du!  
Willst faul und müßig du balseitestehen?  
Es ist ein großes, mächtiges Geschehen.  
Du aber säumst und siehst bedächtig zu?  
Schau dort den jungen arbeitslosen Mann,  
Früh grub das Elend Runen in die Züge.  
Und dennoch, dennoch tritt er mutig an  
Und reiht sich in der Eisenfront Gefüge.  
Er glaubt, und weil sein Glaube siegreich ist,  
Daß endlich doch die Menschen sich befreien,  
Will großem Werk die schwache Kraft er weihen.  
Zeig nicht, du Säumer, daß du Schwächling bist.  
Es geht um Recht und Frieden, Freiheit, Leben.  
Du aber willst der Knechtschaft dich ergeben?**

**Fort alle Zweifel! Einigkeit wird retten!  
Wir wollen keine Schmach der Sklavenketten.  
Und du wirst mit in unsern Scharen schreiten.  
Du zweifelst, daß wir all' den Glauben hätten,  
Den großen Sieg der Freiheit zu bereiten?  
Nur wer nicht glaubt, ist schwach und krank und zag.  
Wir aber glauben an den Freiheitstag!**

... So, Freund, nun hast auch du dich eingereihet!  
Nun zassst du da, von Bangigkeit befreit,  
Und wirst Kämpfer der befreiten Zeit.  
Hannig Duderstadt.

„Komm, Dolly, wir wollen sein Haus besichtigen.“

Die Gäste betraten die Vorhalle. Samuel vernahm noch das Rauschen seidener Röcke, fühlte einen Duft, der geradeswegs aus den Gärten des Morgenlandes zu kommen schien, dann wandte er sich um und floh in die unteren Regionen.

Von den Dienern erfuhr er, daß einer der jungen Männer Jack Holliday, der jüngste Sohn des Eisenbahnmagnaten, sei; seine Schwester war mit einem englischen Herzog verlobt. Der andere Bursche war der Erbe eines Bauholzkönigs aus dem Westen; obgleich er erst zwanzig Jahre zählte, war er bereits in einen Ehescheidungskandal verwickelt. Wer die jungen Damen waren, schien niemand zu wissen; doch wurden flüsternd allerlei für Samuel unverständliche Bemerkungen getauscht.

Bald darauf kam die Nachricht, daß die Gäste zum Diner blieben. Sofort herrschte reges Leben und Treiben. Im oberen Stockwerk würde alles glatt wie auf Schienen laufen, in den unteren Räumen jedoch, wo die Diener arbeiteten, war es keine Kleinigkeit, im Verlauf von zwei Stunden ein erlesenes Mahl zuzubereiten. Sogar Samuel mußte mithelfen — und er freute sich darüber, gab es ihm doch Gelegenheit, im Hause zu bleiben. Er sah, wie Peters aus dem Weinkeller kam, gefolgt von einem Mann, der einen Korb voll Flaschen trug. Dies gab Samuel beim Kartoffelschälen Anlaß zum Nachdenken. War doch das einzige, was ihm an diesem Leben der „Oberen Welt“ mißfiel: die große Rolle, die der Alkohol dort spielte. Im Speisezimmer standen stets Likörflaschen auf dem Büfett, und den Gästen wurde bei jeder Gelegenheit Likör angeboten. Auch die Frauen tranken; ja selbst Fräulein Gladys tat es, was Samuel zutiefst erschütterte und verwirrte.

Freilich handelte es sich hier um privilegierte Menschen, die genau wissen, was sie tun. Aber war nicht für alle Menschen das Trinken ein Unrecht? Hier, wie beim Selbstmord, begannen Samuels Prinzipien zu schwanken. Vielleicht hatte der Alkohol auf diese höheren Wesen nicht die gleiche Wirkung wie auf andere gewöhnliche Sterbliche. Oder sie tranken etwas, das zwar erheiterte, aber nicht berauschte. Die Diener freilich wurden betrunken, wenn sie sich die Gläser aus den Likörflaschen füllten.

Diese Frage verursachte Samuel große Seelenqualen. Aber nur um seines Herrn willen; daß auch Samuel selbst, ohne zu sündigen, Alkohol trinken könnte, kam ihm gar nicht in den Sinn.  
Das Diner war bereit, Samuel hörte durch den Speiselift Gelächter und Geplauder. Und es wurde noch mehr Wein hinaufgetragen; anscheinend war es ein heiteres Mahl. Es währte schon fast drei Stunden, und der Lärm wurde immer größer. Man vernahm ihn im ganzen Haus. Nun wurden Lieder gesungen, wilde, tobende Kehrreime, die Samuel erschreckten. Freilich war es das gute Recht dieser glücklichen Erfolgreichen, in ewigen Freuden und unentwegter Heiterkeit zu leben, aber — Samuel hörte immer wieder Champagnerpiropen knallen. Kann es denn recht sein, Alkohol zu trinken? Es wurde spät, und noch immer feierte die Gesellschaft. Ein Gewitter hatte sich erhoben. Donner dröhnte, Blitze zuckten durch die Nacht. Jene Dienstboten, die nichts mehr zu arbeiten hatten, waren zu Bett gegangen. Samuel jedoch vermochte nicht zu schlafen, er schlich umher, unruhig, gequält. Nun war das ganze Haus, mit Ausnahme des Speisezimmers, verödet. Samuel kroch die eine Hintertreppe hinauf, kauerte sich an einer Türschwelle nieder, lauschte dem Toben. Er saß nun bereits etwa zehn Minuten dort, hörte das Singen und Brüllen, vermochte aber des Donners wegen kein Wort zu unterscheiden. Dann aber gellte Jählings über alle anderen Töne eine schreiende Frauenstimme auf, schrill und durchdringend. Samuel schnellte empor und lief in die Halle. Er wußte nicht, ob die Schreie

Zorn, Angst oder Schmerz ausdrückten; eines aber war gewiß, sie wurden nicht von Freude und Heiterkeit verursacht. Zitternd stand Samuel da. Stimmengewirr; dann wieder die Frauenstimme: „Nein, nein, du darfst nicht... nein!“

„Setz dich, du Idiot!“ Das war Bertie Lockman.

Eine zweite Frauenstimme rief: „Ha! das Maul! Kümmere dich um deine eigenen Angelegenheiten!“

„Ich kratze dir die Augen aus, du Teufel!“ schrillte die erste Frauenstimme, und dann folgten wütende Flüche. Die andere Frau blieb kein Schimpfwort schuldig. Samuel erriet, daß es hier einen Streit gebe; einige der Gäste wollten ihn schlichten, andere ihn verschärfen. Nun brüllten bereits alle, und die beiden Frauen schrien wie Hyänen. Die Töne gemahnten Samuel an das furchtbare Gekreisch, das er in der Polizeizelle vernommen hatte; er lauschte voller Entsetzen. Plötzlich klirrte brechendes Glas, inmitten der Verwirrung durchschneidte Berties Stimme den Lärm: „Hinaus!“ Die Tür flog auf, und ein furchtbarer Anblick bot sich Samuels Augen. Vor ihm stand das reizende, strahlende Mädchen, das Bertie geküßt hatte; ihr Gesicht war vom Trinken gerötet, das Haar hing wild auf ihre Schultern nieder, Wut verzerrte die zarten Züge. Sie schrie aus Leibeskräften, Bertie hielt sie fest, versuchte, sie aus dem Zimmer zu stoßen, sie jedoch wehrte sich verzweifelt, schrie unentwegt: „Laß mich! Laß mich!“ „Hinaus!“ rief Bertie. „Hinaus! Jetzt ist es mein Ernst.“

„Ich will nicht! Laß mich!“

„Hurra!“ brüllten die übrigen, nachdrängend. Der junge Holliday tanzte umher, schwang eine Flasche, brüllte wie ein Ver-rückter! „Los, Bertie! Laß dir nichts gefallen, Belle!“

„Das ist das Ende!“ schrie Bertie. „Mit dir bin ich fertig! Hinaus!“

„Ich will nicht! Ich will nicht!“ jammerte das Mädchen. „Hilfe!“ Sie schlang einen Arm um Berties Hals, klammerte sich mit der anderen Hand an die Tür.

Aber Bertie riß sie los, schleppte sie in die Halle: „Hinaus! Ich will dich nicht mehr sehen!“

„Bertie! Bertie!“

„Es ist mein Ernst, Jack, mach die Tür auf!“



„Bertie! Nein!“ schrie das Mädchen. Er jedoch schleuderte sie mit einem plötzlichen Stoß in die Dunkelheit hinaus. Draußen angelangt, stritten sie noch einen Augenblick; dann rannte Bertie in die Halle zurück, warf die schwere Tür ins Schloß, schob den Riegel vor.

„Bei Gott, du wirst draußen bleiben!“

Das Mädchen schlug wie wahnsinnig gegen die Tür. Bertie wandte sich ab, schwankte ein wenig. „Das wäre erledigt!“ lachte er wild.

Vom Gelächter und Jubel der anderen begleitet, kehrte er ins Speisezimmer zurück. Eines der Mädchen umarmte ihn lachend, Jack Holliday hob eine Flasche, brüllte: „Fort mit der alten Liebe, her mit der neuen!“

Bertie schloß die Tür, und Samuel sah nichts mehr. (Fortsetzung folgt.)



### Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Der Neubau des deutschen Kreditwesens. Von Dr. Heinrich Rittershausen. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7. Preis 2,50 Mk. — Dieses neue Buch des durch seine Schriften „Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung“ und „Am Tage nach dem Zusammenbruch“ gut bekannten Verfassers ist ein wertvoller Beitrag zu der so dringlichen Kreditreform. Nach einer eingehenden Schilderung der Ursachen des heutigen Wirtschaftselends entwickelt der Verfasser einen Organisationsplan für das deutsche Kreditwesen. Auch wer im ganzen oder im einzelnen anderer Meinung ist, wird diese Ausführungen mit Gewinn lesen. Im Ziel aber sind wohl alle mit Rittershausen einig: wir brauchen unter Opferung aller krankhaften Gebilde eine neue, gesunde Zahlungsgemeinschaft und ein niedriges Zinsniveau.

Neue Reclam-Bücher. In Reclams Universal-Bibliothek. Verlag Philipp Reclam jun. in Leipzig sind erschienen: Nr. 7174. Goethes Freundschaftsbund mit Schiller. Vorlesungen von Hermann Grimm. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Dr. Siegmund Hirsch. Preis 35 Pf., gebunden 75 Pf. — Das Buch bringt die Vorlesungen, die Hermann Grimm seit 1874 viele Jahre lang an der Berliner Universität gehalten hat. — Nr. 7175. Homöopathie und Biochemie. Von Dr. Otto Leuser. Preis 35 Pf., gebunden 75 Pf. — Die Schrift gibt einen Überblick über die Homöopathie und ihre Abarten, zu denen der Verfasser auch die Biochemie zählt. — Nr. 6776-78. Radiotechnik. Wege durch Theorie und Praxis. Von Dipl.-Ing. G. Lillge. Mit 124 Abbildungen. 3. Auflage. Preis 1,65 Mk., Ganzleinen 1,45 Mk. — Der Verfasser legt bei der Neubearbeitung besonderen Wert auf die Besprechung der Netzanschlußgeräte. Auch die einzelnen Lautsprecher-Systeme sind beschrieben.

Justizdämmerung. Autakt zum Dritten Reich. Von Eicke von Repkow. Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68. Preis 1,50 Mk. — Der Verfasser zeigt an Hand von Dokumenten, die der großen Öffentlichkeit unbekannt sind, die justizpolitische Entwicklung von der Kabinettsjustiz in den älteren Zeiten der preußischen Monarchie, über die Einheitsjustiz der wilhel-

minischen Zeit, die unabhängige Justiz seit 1918 bis zur SA-Justiz des Dritten Reiches. Ein hochaktuelles und lehrreiches Buch.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin erscheinen folgende Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hillerding. Erscheinungsmontlich. Preis jährlich 12 Mk. Vierteljahrsabonnement 4,50 Mk. — Die Frauenwelt. Illustrierte Zeitschrift für die schaffende Frau. Erscheint vierzehntäglich. Preis des Heftes 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. — Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Bezugspreis monatlich 90 Pf. — Der wahre Jakob. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich. Preis pro Nummer 30 Pf. — Illustrierte Republikanische Zeitung. Erscheint wöchentlich. Preis der Nummer 20 Pf.

Das rote Rußland. Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki. Von Theodor Seibert. Verlag Knorr u. Hirth, München. Preis 4 Mk., gebunden 5,30 Mk. — Ein halbes Jahr nach seinem ersten Erscheinen liegt dieses Buch jetzt in 3. Auflage vor. Es verdient diesen Erfolg. Dieses Buch ist eines der besten unter den vielen Rußlandbüchern. Der Verfasser hat vier Jahre lang als deutscher Zeitungsberichterstatter in Rußland gelebt. Ausgedehnte Reisen mit Eisenbahn, Auto, Wagen und Schiff haben ihn in fast alle Teile des großen Russenreiches geführt, bis nach Turkestan und nach Ostibirien. Da er die russische Sprache vollkommen beherrscht und sich überall unbehindert bewegen konnte, hat er vieles gesehen und gehört, was vielen anderen Rußlandbesuchern unbekannt bleibt. Seibert befaßt sich nicht einseitig mit wirtschaftlichen oder politischen Fragen. Er macht uns bekannt mit allen wesentlichen Tatsachen und Problemen des neuen Rußland. Wer sein Buch aufmerksam liest, begreift manches, was er bisher nicht verstehen konnte. Seiberts Einstellung zum Bolschewismus ist die: Er sieht in ihm nicht eine boshafte Erfindung einer Handvoll schlechter Menschen, sondern ein Weltproblem von größter Tragweite. Er lobt, was zu loben ist, und lehnt ab, was ihm nicht gut dünkt. Seine Objektivität geht so weit, daß er einige soziale Einrichtungen in Rußland den Deutschen zur Nachahmung empfiehlt — freilich ohne gewagt zu haben, daß wir Ähnliches schon seit vielen Jahren haben. Wie Seibert über den gegenwärtigen Zustand unseres europäischen Wirtschafts-

und Kultursystems denkt, sagt er im Schlußkapitel des Buches. Er beachtet dabei zuvörderst, daß das, was heute in Rußland geschieht, weder mit der Form noch mit der Gestaltung des Sozialismus etwas zu tun hat. Aber darüber wollen wir mit ihm in diesem Zusammenhang nicht streiten. Die Meinungsver-schiedenheit, die hier zwischen ihm und uns besteht, hindert uns indessen nicht, seinem Buche noch verschiedene Auflagen zu wünschen.

Rußland 1932. Von Julius Haydu. Mit 41 Kupferdruckbildern. Phaidon-Verlag, Wien und Leipzig. Preis 5,50 Mk. — Hier haben wir ein Rußlandbuch vor uns, wie es nicht sein soll. Der Verfasser hat recht, wenn er einleitend schreibt, daß über das heutige Rußland viel Unwahres und bewußt Schlechtes berichtet wird. Das berechtigt ihn nun aber nicht, über die russischen Verhältnisse schöne Märchen zu erzählen. Wer ein Rußlandbuch in die Hand nimmt, will aus ihm erfahren, wie es heute in den Sowjetrepubliken aussieht. Darüber schweigt sich Haydu aus. Daß Rußland ein Wirtschaftssystem aufbauen will, welches die kapitalistischen Tendenzen der übrigen Welt diametral durchquert, ist hinlänglich bekannt, darüber brauchen wir keine Aufklärung mehr. Was wir wissen wollen, ist, in welchem Umfang dies bereits gelungen ist und mit welchen Mitteln. Anstatt darüber zu schreiben, erzählt Haydu, was die Russen in den nächsten Jahren tun wollen. Da lesen wir: Die Zementproduktion ist von 10 auf 40 Millionen Faß zu steigern, die Ziegeleierzugung von 2 auf 10 Milliarden Stück, die Asbestgewinnung von 26 000 auf 150 000 Tonnen. Der Warenmarkt soll von 27 auf 35 Milliarden Rubel steigen. Für die Landwirtschaft ist die Ausbildung einer Armee von 500 000 geplant, die dann als Traktoristen und Mechaniker verwendet werden. Über die Holzindustrie wird erzählt, daß die Herstellung von Sägematerial von 11 auf 50 Millionen Kubikmeter im Jahre 1932 zu steigern ist. In russischen Wirtschaftsplan ist von „nur“ 48,6 Millionen Kubikmeter die Rede. In bezug auf die Holzproduktion wird gesagt, daß sie von 140 auf 350 Millionen Festmeter gesteigert werden soll; das sind 55 Millionen mehr, als planmäßig vorgesehen ist. — Schon diese Proben zeigen, daß der Verfasser keine Tatsachen berichtet, sondern schildert die Absichten der Russen so, wie sie es haben wollen. Sein Buch ist kein Tatsachenbuch, sondern ein Buch der Wunschträume.

Volksfunk — Arbeiterfunk. Illustrierte Wochen-schrift für Funkhörer. Bezugspreis 96 Pf. im Monat. Einzelnummern kosten 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Briefträger und Buchhandlungen entgegen. — Diese vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, herausgegebene große Funkzeitschrift mit einer Bastei-meisterbeilage kann allen Rundfunkhörern bestens empfohlen werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin, Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

**Die guten GEG-ZIGARREN und ZIGARILLOS.**  
immer genussreich, billig, gehaltvoll, aromatisch. Nur wirkliche Qualität!

In Deinem Konsumverein zu haben.

**FORDERN SIE** den neuen Lehrplan der **Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)** an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

Hygienisch. Artikel Preisliste 0 gratis. **„Medicus“** Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 8.

**Knauers Gesundheits-Lexikon**  
Unentbehrlich für jeden Haushalt. Erläuterungen aller Krankheiten und Heilmethoden. Lexikalische Anordnung von A bis Z. In Ganzleinen gebunden. **2,85 Mk.**  
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16

Kauft eure Bücher über die Verlagsanstalt des Verbandes. Sie liefert alle im Buchhandel erscheinenden Werke. Bestellungen nehmen sämtliche Verwaltungen entgegen.

**Tabellen für jedermann**  
Praktisches Nachschlagewerk für alle Fragen des täglichen Lebens. **VON ARTUR WAGNER**  
Preis 1 Mark  
Verlagsanstalt des Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Eine Neuerscheinung von erschütternder Wirkung  
**Aktenstaub**  
Aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsreferenten von Stadtrat Hermann Drechsler.  
Von vielerlei Gestalt sind die Nöte der heutigen Zeit, die hier in ihrer ganzen furchtbaren Wirkung von einem Sachbearbeiter ans Tageslicht gestellt werden.  
Dieses Buch ist aus der Not geboren!  
Preis gebettet 2 Mk., gebunden 2,50 Mk.  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf 71 Lankwitz 6246

**SILOX-ULTRA-ZAHNPASTA**  
ist ein rein deutsches Erzeugnis.  
Mit einer intensiven Tube zu 50 g Zahnpasta mehr als 100x putzen, weil SILOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

**Hobelbänke 60 RM.**  
2m lang, Stahlspindel, kompl. la Qual. Blatt la gedieg. Rotbuche. Garantie. Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis. **Karl Ramisch, Pirna, „Kaserne“**

**Billigeböhm. Bettfedern**  
nur reine, gutfüll. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk., u. 6 Mk., daunenweiße 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. und 12 Mk., weiße ungeschl. Rupp-federn 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rück-nahme gestattet. **Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).**

**SCHWANGER-SCHAFT**  
Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis...  
Mit Abbildungen / Preis 1,80 Mk.  
Alles, was über die intimen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu sagen ist, wird hier — durch Abbildungen trefflich erläutert — in offener klarer Weise eingehend besprochen. Das Buch ist mit gründlicher Sorgfalt von einem erfahrenen Frauenarzt bearbeitet.  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin SO 16 / Am Kölln. Park 2

**„Sonntag-Vorwärts“ mit Wochenübersicht und Volk und Zeit, Tiefdruckbeilage**  
durch die Post bezogen pro Monat einschl. Zustellgebühren nur 61 Pfennig, in Berlin frei Haus pro Monat 55 Pfennig. Beim Zeitungshändler kostet die Einzelnummer in Berlin 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig.

Die durch eine Wochenübersicht erweiterte Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ gibt auch denjenigen die Möglichkeit, sich über die Politik der SPD, und die sonstigen Ereignisse zu unterrichten, welchen ein volles Abonnement auf den „Vorwärts“ (M. 3.25 pro Monat) nicht möglich ist, die aber ein Interesse am Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen, sowie der

**VERLAG DES „VORWARTS“**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**Reform-Putzhobel,** mit Pockholzsohle, verstellb. 45 mm, Spund, l. poliert. And Werkzeuge billig. — Prosp. gratis. **Heinrich Genait, Berlin O 17, Warschauer Straße 38 - 42. 830**

**Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mark.**  
2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln. **Werkzeug-Neuheiten!**  
Preisliste gratis und franko. **Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.**

**Leim- u. Furnieröfen**  
von 44 Mk. an franko. Preisl. kostenlos. **Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.**

**Die Bildhauerei**  
Diese Hefte, in bester Ausstattung und Wiedergabe künstlerisch und handwerklich hochwertiger Bildhauerarbeiten, werden in zwangloser Folge herausgebracht. Ein jedes Heft, 32 Seiten stark und mit etwa 100 Abbildungen, ist in sich abgeschlossen und **kostet 2,70 Mk.** Für die Mitglieder des Verbandes, beim Bezuge durch die Verwaltungsstelle, kostet jedes Heft 1,80 Mark.

Lieferbar sind:  
Serie I (1925/1926): Heft 5, 6, 7  
Serie II (1927): Heft 1, 2, 3, 4  
Serie III (1928): Heft 1, 2  
Serie IV (1929): Heft 1, 2, 3  
Serie V (1930): Heft 1  
Serie VI (1931): Heft 1, 2  
Jedes Heft auch einzeln zu beziehen

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2 — Postscheck-konto: Deutscher Holzarbeiter-Verband, Berlin, Nr. 28397

**Witt hat einzig und allein Europas größten Spezial-Webwarenversand mit eigenen gewaltigen Webwaren-Fabriken!**  
4000 Arbeiter und Angestellte! Direkte Lieferung an Private!  
Bei Bestellung von 15.— Mk. an erhalten Sie auf diese niedrigen Preise **außerdem noch 5% Rabatt.** Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 6 Meter ausgedehnte jedoch haltbare Stoffe. Schreiben Sie mir heute noch! Sie sparen ungeheuer Geld!

Nr.	Preise per Meter	M.
26	Gardinen, sogenannter Vorhangstoff, einfache, jedoch solide, waschechte Sorte, mit hübschen Streifenmüllern, etwas durchsichtig gewebt. 70 cm breit	-12
27	Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, ziemlich dicke Sorte. 78 cm breit	-15
28	Baumwolltuch, ungebleicht, vorzügliche, starke, fast unzerwühlliche Qualität, 78 cm breit	-32
29	Baumwolltuch, ungebleicht, besonders starke, fast unzerwühlliche Qualität, für strapazierbare Bettlaken usw. 140 cm breit	-68
30	Weißes Hemdentuch, mittelfarbige, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche. 80 cm breit	-33
31	Hemdenlanel, besonders reißfeste, überaus haltbare Qualität, mit garantiert waschechtem Streifenmüller. 74 cm breit	-31
32	Hemdenlanel, meine beste Sorte, besser Art, vorzügliche, kräftige, fast unzerwühlliche Qualität, mit garantiert waschechtem Streifenmüller. 80 cm breit	-39
33	Hemdengewebe, sehr gute, mittelfarbige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gebeten, mittelfarbigen Müllern, garantiert waschecht. 80 cm breit	-34
34	Handtuchstoff, kräftige Strapazierquali-tät. 40 cm breit	-28
35	Frotteierhandtücher, aus vorzüglichem Strüpfelstoff, mit schönen, eingewebten Müllern, weiche, angenehme Sorte. 45x100 cm, per Stück	-58
36	Wischtücher, solide, haltbare Sorte. 45x45 cm, per Stück	-10
37	Wischtücher, lanierte Muller, bessere, sehr strapazierbare, bewährte Qualität, 55x55 cm, per Stück	-22

Besonderer Ausnahmepreis! Abgabe hiervon bis 20 Meter an einen Abnehmer!

38. Weißes Hemdentuch, gute, besonders solide, mittelfarbige, dichtgeschlossene, kräftige Qualität, jedoch intakter mit kleinen unscheinbaren Knoppen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist das Stoffe für gute, besonders solide, sehr haltbare, kräftige Wäsche zu verwenden. ... ca. 70 cm breit

-24

Bei einem Besteller wird von jedem Artikel bis 100 Meter bezug 100 Stück abgegeben. — Versand erfolgt per Nach-nahme von 10.— an, portofreie Lieferung von 20.— an.

Keine Garantie! Auf Wunsch sofortige Zurück-nahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückbezahlung des vollen ausgelagerten Betrages.

**Josef Witt, Weiden 392 (Opf.)**  
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Welt Euro-pas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Ausstellungsraum.